

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2011



„Was Recht ist, bestimmen wir!“

Literatur und Diktatur in Rumänien

Weihnachten im GULag

Aktuell

- 3 Kein Geld für Beratung
Interessenvertretung
Appell
Kränze entfernt
Recht aktuell

Recht

- 4 Besserer Schutz vor Pfändung

Aufarbeitung

- 5 „Was Recht ist, bestimmen wir!“ – Teil 1
- 7 Kritik: Keine Unrechtsideologie?

International

- 8 Literatur und Diktatur im kommunistischen Rumänien
- 9 Russischer Archivar verurteilt

Berichte

- 10 Einblicke in einen nordkoreanischen Gulag
- 11 Neue Initiativen
Bevor wir uns versöhnen...
- 12 Erinnerung an Maria Stein
- 13 Vorstandswahlen
Zum Tod F.J. Degenhardts

Verbände

- 14 Museum Pforzheim
Foto Herbst 1989
Hoheneck-Film DVD
Gedenkbibliothek
Auszeichnungen
Suchanzeigen
- 15 Leserbriefe

Zeitzeugen

- 16 Weihnachten im Gulag
Die Zeiten

Service/Bücher

- 17 Ein Mann namens Gerald Götting
- 18 Familiensaga
- 19 Medizin hinter Gittern
Buchtip

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Tränenpalast Berlin-Friedrichstraße. Für viele ist der ehemalige Grenzübergang am Bahnhof Friedrichstraße noch immer ein bitteres Symbol für die einstige Teilung Berlins. Das Gebäude steht seit 2003 unter Denkmalschutz und ist seit Herbst dieses Jahres als Gedenkstätte für die Öffentlichkeit wieder zugänglich. Auf 550 Quadratmetern zeigt das Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Ausstellung „Grenzfahrungen – Alltag der deutschen Teilung“; geöffnet dienstags bis freitags 9 bis 19 Uhr, sonnabends und sonntags 10 bis 18 Uhr.

Foto: N. Radlitz

Was uns unterscheidet

Von Rainer Wagner

Auch nichtchristlich geprägte Zeitgenossen erinnern sich angesichts des weihnachtlichen Lichterglanzes, daß eine zentrale Botschaft des Weihnachtsfestes lautet: „Frieden auf Erden, bei den Menschen seines (Gottes) Wohlgefallens“. Allerdings scheint die Wirklichkeit, auch in unserem Land, der christlichen Weihnachtsbotschaft Hohn zu sprechen. Erschüttert mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß eine kleine, heimtückische und haßerfüllte Nazi-Gruppe zehn Jahre lang mordend durch unser wiedervereinigtes Vaterland tobte. Daß jetzt ohne jede falsche Rücksichtnahme untersucht wird, weshalb weder Polizei noch Verfassungsschutz diesem kriminellen Treiben auf die Spur kamen, sind wir nicht nur den Opfern, sondern auch unserem demokratischen Staatswesen schuldig.

Aufgrund unserer Erfahrungen als Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft können wir aber über die bekanntgewordenen Bluttaten hinaus sehen. Uns werden Hintergründe deutlich, die wir nicht verschweigen sollen. Denn die Mörder sind nicht vom Himmel gefallen. Ihr abgrundtiefer Haß ist auch Ergebnis des DDR-Erziehungssystems, für das Personen wie Margot Honecker und Egon Krenz stehen. Die kommunistische Staatsideologie, zu der Haß und Intoleranz gegen alle Andersdenkenden und Andersartigen gehörten, säten die SED-Genossen vierzig Jahre in die Herzen und Hirne der nachwachsenden Generation. Bei einigen ging diese Saat auf und verband sich mit im Westen vorhandenem rechtsextremen Potential zu der braunen Suppe, die es in den neuen Bundesländern immer wieder bis in die Parlamente schaffte. Und nun erschüttern uns die Folgen: rechter und linker Extremismus, der immer wieder sein menschenverachtendes und brutales Gesicht zeigt. Im vergangenen Jahr gab es 762 Fälle von rechter und 944 Fälle von linker Gewalt. Meist in den neuen Bundesländern.

Am Anfang dieses Jahres provozierten die Kommunisten mit einer Veranstaltung unter dem Titel: „Wege zum Kommunismus“. Dort empfahl die Vorsitzende der

Linkspartei, Gesine Löttsch, in schwesterlicher Gemeinschaft mit der RAF-Terroristin Inge Viett, weitere Wege zu einer kommunistischen Gesellschaft. Es bedürfe wie bei der „Erfindung der Glühbirne“, so Löttsch, vieler Versuche, um das Ziel zu erreichen. Daß die Genossinnen über hundert Millionen Todesopfer der Kommunismusexperimente als bedeutungslose Kollateralschäden unter den Tisch fallen ließen, zeigt, was die „humanistische Grundhaltung“ der umbenannten SED und ihresgleichen wert ist. Als Begleitmusik der Veranstaltung schlug ein roter Mob vor dem Versammlungsort des Kommunismuskongresses ehemalige Stasi-Opfer krankenhausreif.

Doch es gab auch positive Entwicklungen. Mit Roland Jahn hat die BStU einen mutigen Widerständler und kompetenten, würdigen Leiter dieser Behörde bekommen. Nicht zuletzt an der sozial ausgewogenen Regelung der Versetzung ehemaliger Stasi-Spitzel aus der BStU in andere Behörden zeigt sich, daß Demokraten, darunter auch die SED-Opfer, ihre Gegner nicht haßerfüllt vernichten, sondern ihnen auch in nötigen Auseinandersetzungen menschlich begegnen.

Vor Weihnachten erreichen uns Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft immer wieder Aufforderungen zur Versöhnung mit unseren einstigen Peinigern. Wir haben nur eine Antwort: Solange die Kommunisten nicht Reue zeigen, ist diese Versöhnung unmöglich. Daß wir aber persönlichen Gegnern vergeben können, ist eine Verwirklichung der Menschlichkeit und für Christen der weihnachtlichen Friedensbotschaft. Auch die Kraft der Vergebung unterscheidet uns von linken und rechten Extremisten. Vergebung relativiert nicht, reißt aber aus der Ideologie der Vergeltung und des Hasses heraus. So erhalten wir selbst inneren Frieden. Er hilft, die Vergangenheit für uns und die Gesellschaft fruchtbar aufzuarbeiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2012!

Kein Geld für Beratung der Opfer von DDR-Kinderheimen

Der Öffentlichkeit wurde im letzten Jahr das teilweise schreckliche Los vieler ehemaliger Heimkinder neu bewußt. Physische und psychische Mißhandlung sowie sexuelle Übergriffe erschütterten die Öffentlichkeit. Die Problematik war in den DDR-Kinderheimen oft noch schrecklicher als in den alten Bundesländern. Deshalb entschlossen wir uns zur Einrichtung einer Beratungsstelle. Leider sehen sich die für die Vergabe der Fördermittel

zuständigen Stellen nicht in der Lage, diese dringende Aufgabe mit zu finanzieren.

Wir, als Dachverband der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, werden uns der Verantwortung für die Kinderheim-Opfer der DDR dennoch stellen. Allerdings fehlen auch uns die dafür nötigen Gelder. Damit wir dieser wichtigen Verpflichtung im Jahr 2012 nachkommen können, ersuchen wir Sie in dieser Weih-

nachtszeit, die ja in besonderer Weise an die eigene Kindheit erinnert, um eine großzügige Spende.

Unser Konto ist:

UOKG e.V.

Konto-Nr. 734 27 28

BLZ 100 700 24

Deutsche Bank Berlin

Mit den besten Segenswünschen für ein frohes Weihnachtsfest grüßt

Rainer Wagner

Bundesvorsitzender der UOKG

Interessenvertretung Appell

(pm) Betroffene von Einweisungen in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe haben im November auf einer Tagung in Schwerin einen Interessenverband gegründet. Bei dem Treffen auf Einladung der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Marita Pagels-Heineking, wurde über den aktuellen Stand der Debatte um Entschädigungsregelungen für betroffene Heimkinder informiert.

Die Teilnehmer formulierten ihre Vorstellungen von einer Wiedergutmachung des von ihnen erlittenen Unrechts. Wichtigste Forderungen waren die wissenschaftliche und die politische Aufarbeitung, um eine gesellschaftliche Anerkennung des Systemunrechts in der DDR-Heimerziehung zu erreichen. Darüber hinaus wurden angemessene Entschädigungsregelungen und die Einrichtung einer Anlaufstelle in dem Bundesland gefordert.

(fk)Die Vertreter von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen haben bei ihrer Herbsttagung im November 2011 einen Appell an die Bundesregierung verabschiedet. Sie fordern darin die institutionelle Förderung der Arbeit des Dachverbandes durch die Bundesregierung. Die Bedeutung der UOKG und ihre Aufgaben seien stetig gewachsen, die Kapazitäten der ehrenamtlichen Geschäftsführung inzwischen ausgeschöpft. Es werde dringend eine hauptamtliche Geschäftsführung benötigt, andernfalls sei die zukünftige Arbeit ernsthaft gefährdet. Dies wäre ein herber Rückschlag für die Aufarbeitung des SBZ/DDR-Unrechts. „Die Opfer hätten keine Lobby mehr. Die Deutungshoheit über die DDR-Diktatur würde den Tätern überlassen“, heißt es in dem Appell.

Kränze entfernt

(sbm)Am 1. Dezember 2011 wurden auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße von Verbandsmitgliedern ehemaliger Grenzsoldaten Kränze für die an der Mauer ums Leben gekommenen Grenzsoldaten niedergelegt.

Die Stiftung Berliner Mauer erinnert gemäß ihres Auftrages an alle 136 Todesopfer, die an der Berliner Mauer ihr Leben verloren. Dazu gehören auch acht im Dienst getötete Grenzsoldaten.

Die Stiftung verwahrt sich jedoch gegen die politische Instrumentalisierung durch geschichtsverklärende Nostalgiker und antidemokratische Kräfte. Am 1. Dezember wurde in der DDR der Tag der Grenztruppen begangen. Das Gedenkstättenengelände kann nicht zu politischen Demonstrationen in dieser Tradition genutzt werden. Aus diesem Grund wurden die Kränze entfernt.

Recht aktuell

Mehr Transparenz

Zwei jüngst ergangene Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zwingen die Bundesministerien nun zu größerer Transparenz. Demnach darf ein Bundesministerium den Antrag auf Zugang zu amtlichen Informationen nicht mit der Begründung ablehnen, daß die Unterlagen die Regierungstätigkeit betreffen.

In beiden Angelegenheiten beehrten die Kläger Einsicht in Unterlagen des Bundesjustizministeriums (BMJ). In einem dieser Fälle ging es um Fragen zur Rehabilitierung von Opfern von Maßnahmen im Zuge der sogenannten Boden- und Industriereform. Hintergrund war die Petition eines Betroffenen an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. Im Petitionsverfahren hatte das BMJ Stellungnahmen gegenüber dem Petitionsausschuß abgegeben. Der Kläger hatte unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) Einsicht in diese Stellungnahmen verlangt.

Das BMJ lehnte den Antrag mit der Begründung ab, es habe als Regierungsbehörde keine Verwaltungsaufgaben wahrgenommen und gehöre somit nicht zu den durch das IFG verpflichteten Behörden. Diese Auffassung teilte das Bundesverwaltungsgericht nicht. Im IFG sei keine Unterscheidung zwischen dem Verwaltungs- und Regierungshandeln eines Ministeriums angelegt. Das Ministerium habe die Dokumente den Antragsstellern zugänglich zu machen.

Die Entscheidungen zeigen deutlich, daß in einer rechtsstaatlichen Demokratie auch höchste Regierungsbehörden keine uneingeschränkte Geheimpolitik betreiben dürfen. Beide Urteile sind geeignet, das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen zu stärken. (BVerwG Urteile vom 3. November 2011, AZ: 7 C 3.11 und 4.11)

Florian Kresse

Besserer Schutz vor Pfändung

Neues „P-Konto“ kann Existenzminimum gewährleisten

Aus meiner Beratungstätigkeit ist mir bekannt, daß sehr viele der ehemaligen politischen Häftlinge sich am Existenzminimum bewegen. Ich weiß auch, daß nicht wenige von ihnen großen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind, die herrühren aus ihrer Vergangenheit, daß es Probleme mit Pfändungen gibt, die bis hinein in die Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen reichen, u.a. für Anwalts- und Gerichtskosten, aus Rückforderungsansprüchen für zu Unrecht erhaltene bzw. falsch berechnete Leistungen. Neben Wertgegenständen, die in der Regel aber nicht vorhanden sind, kann dann auch das Girokonto gepfändet werden. In diesem Zusammenhang hier einige Informationen zu neuen rechtlichen Regelungen.

baren, daß ein bereits bestehendes Girokonto als Pfändungsschutzkonto geführt werden soll. Die bisherige Bankverbindung bleibt von der Änderung unberührt, das Girokonto wird einfach mit dem Vermerk „P-Konto“ weitergeführt.

Seit dem 1. Juli 2010 hat jeder per Gesetz die Möglichkeit, sein Girokonto kostenlos in ein P-Konto umwandeln zu lassen. Nur der Kontoinhaber oder sein gesetzlicher Vertreter können die Umwandlung verlangen. Die Umwandlung eines Gemeinschaftskontos läßt der Gesetzgeber nicht zu, weil Vollstreckungsschutz ein ganz persönliches Recht ist. Hier wäre die Aufteilung in zwei Einzelgirokonto und danach die Umwandlung in zwei P-Konten anzuraten.

Die Umstellung eines Girokontos auf ein P-Konto ist kostenfrei, für die Bearbeitung eines Pfändungsbescheides dürfen Banken und Kreditinstitute keine Gebühren verlangen. Es ist allerdings kaum zu erwarten, daß die Kontoführung zu den üblichen Konditionen fortgesetzt wird. Nach bisherigen Erkenntnissen variieren die Kosten für ein Guthabekonto, daß als P-Konto geführt wird, zwischen 5€ und 20€ monatlich. Eine Gebührenobergrenze für die neue Kontoführung wurde allerdings bisher gesetzlich nicht festgelegt. Ob und in welcher Größenordnung zukünftig Gebühren für ein P-Konto erhoben werden dürfen, haben möglicherweise noch die Gerichte zu klären.

Für das herkömmliche Girokonto gelten die alten Regelungen noch bis zum 31.12.2011. Zum 1.1.2012 fällt dann der Kontopfändungsschutz nach bisherigem Recht weg, d.h. jene, die ein gepfändetes Girokonto haben, das im Moment noch nicht umgewandelt ist in ein P-Konto, müssen sofort aktiv werden (spätestens bis 27. Dezember 2011) und ein solches Konto einrichten, damit sie ab 1.1.2012 tatsächlich noch über ihr Existenzminimum (Sockelbetrag) verfügen können.

An der Höhe des Pfändungsschutzes hat sich nichts geändert, weil diese auch nach neuem Recht an die Lohnpfändungstabelle angelehnt ist. Seit dem 1.7.2011 beträgt der Basispfändungsschutz (Pfändungsfreigrenze) 1028,89€. Der deutliche Vorteil durch das neue Recht liegt allerdings darin, daß der Pfändungsschutz auf dem P-Konto automatisch ge-

währt wird. Bisher mußten die Freibeträge beim Vollstreckungsgericht beantragt werden. Das entfällt jetzt. Das P-Konto gewährt einen automatischen Schutz, der bereits vor einer konkreten Pfändung im System der kontoführenden Bank hinterlegt ist. Außerdem kommt es künftig auf die Art der Einkünfte und auf den Zeitpunkt des Zahlungseingangs nicht mehr an. Deshalb existiert auf dem P-Konto auch erstmals Kontopfändungsschutz für die Einkünfte Selbständiger. Der Basispfändungsschutz auf dem P-Konto erhöht sich automatisch, z.B. bei Unterhaltspflichten, Mehraufwendungen im Falle einer gesundheitlichen Belastung. Die genaue Art der freibetrags erhöhenden Einkünfte muß der Bank gegenüber durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen nachgewiesen werden. Im übrigen wird das P-Konto nicht wie andere Girokonten durch die Pfändung blockiert. Man kann jederzeit über den geschützten Betrag verfügen, z.B. auch durch Überweisungen und Lastschriften.

Des weiteren gibt es beim P-Konto auch die Möglichkeit, kleinere Beträge anzusparen. Wird das pfändungsgeschützte Guthaben im laufenden Monat nicht ausgegeben, wird der Rest in den Folgemonat übertragen, aber nur einmal. Ein Übertrag in den darauffolgenden Monat ist nicht mehr möglich. Der geschützte Betrag beläuft sich dann wieder auf den jeweiligen Sockelbetrag (Existenzminimum). Auch konnten bisher Banken und Kreditinstitute ein Girokonto kündigen, wenn ein Pfändungsbescheid einging, denn ein vollstreckbarer Titel zählte zu den Gründen, die die Bank dazu berechnigte, den Kontovertrag aufzulösen. Das ist bei einem P-Konto nicht mehr möglich. Für den Fall, daß unerwartet eine Pfändung ins Haus steht, ein P-Konto aber nicht eingerichtet ist, sollte dies umgehend veranlaßt werden. Wenn die Umwandlung in ein P-Konto innerhalb von vier Wochen seit Eingang des Gerichtsbeschlusses bei der Bank abgeschlossen ist, gilt nämlich der Kontopfändungsschutz bereits für den Monat der Pfändung.

Nähere Auskünfte zu dieser Problematik werden erteilt unter Tel. (030) 55 49 31 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein

Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit; dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.

Jean-Jaques Rousseau

...und jenes für den Stacheldraht das Mittel zu Information.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Am 15.5.2009 stimmte der Bundesrat dem vom Bundestag beschlossenen „Gesetz zur Reform des Kontopfändungsgesetzes“, der Einführung eines Pfändungsschutzkontos, kurz P-Konto genannt, zu. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen finden sich im wesentlichen in der Neufassung des § 850 K Zivilprozessordnung. Anders, als der Name vermuten läßt, handelt es sich beim P-Konto gerade nicht um ein eigenständiges Bankkonto. Vielmehr ermöglicht die Reform, zukünftig mit Banken und Sparkassen zu verein-

„Was Recht ist, bestimmen wir!“

Simulation als Rechtsstaatlichkeit

Von Bernd Lippmann

Teil 1

In den Gedenkstätten Hohenschönhausen, Normannenstraße, Halle versucht man, die Situation politischer Häftlinge in der DDR verständlich zu machen. Häufig tritt das Leiden der Menschen in den Vordergrund. Die elementar wichtige Information, daß es sich um völlig unschuldige Menschen handelte, geht dagegen des öfteren unter. Dabei ist diese Information die Basis jedweder Bewertung. In einer Diskussion zwischen freien Mitarbeitern der politischen Bildung und staatlichen Vertretern sagte ein leitender Schulbeamter, man müsse, wenn man über Hohenschönhausen spricht, ebenso die Haftbedingungen in Moabit thematisieren, diese seien auch nicht gerade rosig. Die Spucke bleibt einem weg. Was will man dann noch Lehrern oder Schülern vorwerfen, wenn sie zu wenig Ahnung zu haben scheinen?

Daß im übrigen in der DDR auch kriminelle Häftlinge Bedingungen ausgesetzt waren, die allen Anforderungen an Gesunderhaltung Hohn sprechen, ist ein interessantes Thema, jedoch macht eine separate Thematisierung Sinn. Hier ist dies jedoch nicht vorgesehen. Ich will einen wichtigen Aspekt politischer Haft herausstellen, nämlich die Vorspiegelung von Rechtskonformität in politischen Strafverfahren der DDR.

Der Titel meines Beitrages könnte mißverstanden werden, besser wäre vielleicht: Das Vortäuschen von Rechtsförmigkeit, vielleicht sogar Rechtsstaatlichkeit. Aber mir geht es mehr darum zu zeigen, daß in der DDR Verfahren in politischen Sachen reines Theaterspiel sein konnten, und daß selbst Verfahren des Zivilrechts, wenn sie denn eine politische Dimension besaßen, ähnlichen Charakters waren. Wenn zum Beispiel bei einer Ehescheidung ein Beteiligter ein Funktionär der SED war, der nicht politisch in Ungnade gefallen war, mußte die Gegenseite damit rechnen, ähnlicher Rechtlosigkeit und Willkür ausgeliefert zu sein wie in einem politischen Verfahren. Hier aber soll es um das politische Strafrecht gehen. Formale Nichtstimmigkeit wurde durch Willkür kompensiert: „Was Recht ist, bestimmen wir!“ Man muß es immer wieder betonen.

Die SED nannte ihr Gesellschaftssystem eine Diktatur, und eine Diktatur ist per definitionem Charakteristikum des Begriffs „Unrechtsstaat“. Diesen Begriff werde ich aber nicht verwenden, weil er sehr viel komplexer ist als der Komplementärbegriff des Rechtsstaates. [...] Die SED proklamierte, die Arbeiterklasse übe die Macht aus, dem Kleingedruckten war zu entnehmen, daß sie das Definitionsmonopol für diesen Begriff beanspruchte. Das ist wissenschaftstheoretisch ein hochinteressantes Paradoxon. Als Arbeiterklasse verstand die SED jene Gruppe von Menschen, welche die historische Berechtigung hat, die Macht auszuüben. Sozusagen logisch auf den Punkt gebracht: „Unser Weg ist richtig, weil er wahr ist.“

Die Partei baute eine Mauer durch Berlin, weil ihr Staat personell auszubluten drohte. Einige der Besten gingen in den Westen, die Funktionäre priesen die Überlegenheit des Restes. So etwas konnte nur bei einer Todesgrenze und Mauer oder in einem Irrenhaus enden. Werner Finck, der bekannte Kabarettist und mutige Nazigeegner, sagte einmal über das NS-Regime: „Wer kein Toilettenpapier hat, soll keine KZ bauen.“ Warum ich bei Finck an den Mauerbau vor 50 Jahren denke, kann ich nicht rational erklären. Aber ich will Werner Finck analogisieren: Wer sich das Recht auf Leibeigenschaft nimmt, muß eben Mauern bauen.

Aber mußte die SED des Machterhalts wegen politische Prozesse als Theaterspiel, gleichsam als Zirkusvorstellung mit Gauklern, Roßtäuschern und Clowns im Richterstuhl und auf der Anwaltsbank inszenieren? Es ist heute bekannt, daß solche Prozesse geheim waren, Publikum war nicht zugelassen, eine anwaltliche Beratung war erst nach Beendigung der Untersuchung möglich, und auch dann noch sehr eingeschränkt. Solche Anwälte waren darüber hinaus genauso vom MfS bestätigt wie die Staatsanwälte. Aufschlußreich wären entsprechende vom MfS erstellte Listen empfohlener Rechtsanwälte, jedoch wurden solche bisher nicht gefunden. Pflichtanwälte wären auf solchen Listen genannt worden. Es gibt jedoch durchaus Fälle von Wahlverteidigern, die nicht in direkter Beziehung zum

MfS standen, es gab sogar Fälle widerständigen Verhaltens von Anwälten. Daß ein Rechtsanwalt bei Vernehmungen anwesend war, ist nicht bekannt. Prozeßunterlagen wurden nicht ausgehändigt, die Namen der Untersuchungsführer waren nicht bekannt usw. Im Gerichtsverfahren durften selbst Richter und Staatsanwälte nicht alle Hintergründe aus dem Untersuchungsverfahren kennen: „Der Mitarbeiter hat ständig darauf zu achten, daß sich in den Hauptakten (Gerichtsakten) keine Dokumente befinden, welche die konspirativen Arbeitsmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit offenbaren“ – so hieß es schon in einem Entwurf für eine Richtlinie im Jahre 1959. Die SED war stolz darauf, eine Gewalteneinheit zu vertreten.

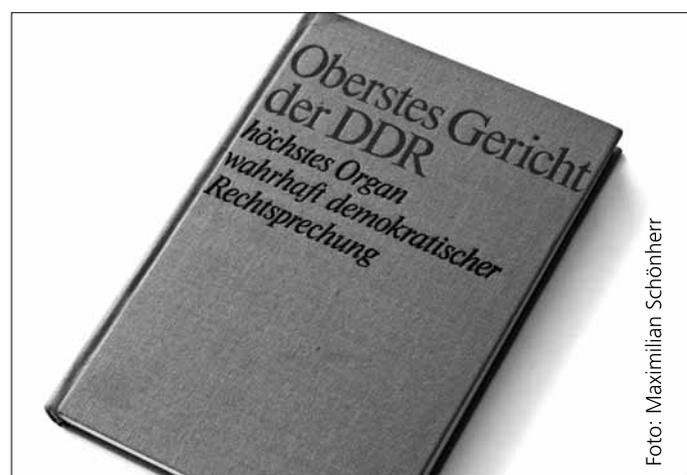


Foto: Maximilian Schönherr

1970 im Staatsverlag der DDR erschienenes Buch.

Gelegentlich wurde während des Untersuchungsverfahrens die vorgesehene Anklagerichtung geändert, und zwar nicht etwa, weil sich ein neuer Sachverhalt ergäben hätte. Rudolf Molt zum Beispiel gehörte zu einer Gruppe junger Menschen, die gegen einen Bericht des Neuen Deutschland zum Tode von Oskar Brüsewitz protestierten. Deswegen wurde er verhaftet. Verurteilt wurde er wegen der Weitergabe von Literatur. Michael Bradler sollte in der Haft seinen Ausreisearbeit zurückziehen, obwohl dieser längst und definitiv abgelehnt war. Auch die Kenntnisnahme der Anklageschrift innerhalb weniger Sekunden entsprach dem Schein und nicht dem Sein, war eher eine absurde Täuschung. Eines der übelsten Possenspiele im Gerichtssaal spielte sich beim Verfahren gegen Dr. Werner Teske ab, der zum Tode verurteilt wurde. Direkt nach Verkündung wurde das Urteil rechtskräftig. Das Gericht wies an, Hunderte Blatt Dokumente zu vernichten. Als Sterbeort wurde „Stendal“ eingetragen, obwohl Teske in Leipzig hingerichtet



wurde. Offiziell wurde sogar von „Selbstmord in der Haft“ gesprochen, so gegenüber Verwandten. Und vor allem: Jedem Beteiligten war klar, daß man sich weit außerhalb (auch) der sozialistischen Gesetzlichkeit bewegte.

Nicht zuletzt das Urteil gegen Teske läßt die Frage stellen, ob der Versuch, Rechtsförmigkeit vorzuspiegeln, für die SED überhaupt Sinn machte. Schließlich konnte man sogar jemanden nach Urteil hinrichten, dessen Tat mitnichten den Straftatbestand, welcher die Todesstrafe nach Strafgesetzbuch ermöglichte, erfüllte. Im dänischen Odense wurden die abgehalfterten Stasi-Oberen 2007 nach den Gründen für die Hinrichtung Teskes gefragt. Ein Stasi-Mann a.D. drehte bei der Frage des westlichen Wissenschaftlers durch und analogisierte die Erschießung Teskes mit der Hinrichtung des Hitler-Attentäters Stauffenberg.

Doch zur Frage des juristischen Theaterspiels: Wäre es nicht kostengünstiger gewesen, die Beschuldigten ohne Prozeß in die Strafhaft zu schicken? Man hätte sie auch einfacher „verscherbeln“ können, oder elendiglich dahinsiechen lassen wie etwa Prof. Frucht oder wie Walter Thräne, der zehn Jahre lang in Hohenschön-

hausen in Einzelhaft zubringen mußte. Auch nach intensivem Studium solcher Sachverhalte kann ich die Beweggründe der SED-Führer nicht nachvollziehen. Sie hatten es nicht nötig, sich derartige Blößen zu geben. Sie sperrten Menschen ein wegen des Versuchs, in den Westen zu entfliehen, ließen sie aber dann ziehen, transportierten sie sogar in staatseigenen Fahrzeugen. Ein Versuch der SED, die Leute ohne vorherige Haft an den Westen zu verkaufen, ist dagegen nicht überliefert. Die politischen Häftlinge waren nur eine kleine Minderheit im Haftsystem der DDR. Der Produktionssektor hätte auf die wenigen tausend Häftlinge verzichten können. Für die Kompensation gab es genügend Kriminelle, und wenn diese nicht reichten, hätte die SED beliebig kriminalisieren können. Das hat sie aus politischen Gründen in Wirtschaftssachen ja ohnehin getan.

Die Vorspiegelung von Rechtsförmigkeit wurde auch im Westen als solche bekannt, zumindest bei Beobachtern und interessierten Laien. Möglicherweise rechnete die SED mit einer hinreichenden Anzahl von Menschen in Ost und West, die sich für das DDR-Justizwesen nicht interessierten oder die ohnehin, aus welchen Gründen auch immer, ihre Anhänger waren. Die SED jedenfalls tat so, als könnte sie ihre Mitläufer auf Dauer gefahrlos desinformieren. Und sie hoffte darauf, daß die Gewöhnung daran zur Herausbildung von Bewußtsein (oder anders gesagt: zur bewußtlosen Akzeptanz) führt. Die Beteuerung, es gäbe „die Wahrheit“, die natürlich einzig und allein die SED kennt, scheint durch vielfache Wiederholung in die Hirne vieler Menschen eingepflanzt worden zu sein – so zumindest die Hoffnung der Funktionäre. Leider werden sie damit wohl gar nicht so falsch gelegen haben. Vielfach bedurfte es in der DDR nicht der Stasi-Aktivität, viele Menschen haben sich SED-konform verhalten. Vielleicht, ohne sich dessen bewußt zu sein. Aljoscha, ein junger Mann, der mit fast selbstzerstörerischem Mut in den 1970er Jahren systematisch Haftanstalten fotografierte, meinte zum Zettelfaltvorgang: „Das DDR-Volk wählt mit 99% die Regierung, die es verdient.“ [...]

Vor allem wird dies der Grund für das Theaterspiel sein (die Kriminalisierung des Politischen bringt es mit sich): Irgend etwas wird hängen bleiben. Reichte vor 1945 die Frage „Kennen Sie Dachau?“, um Menschen „in die Spur“ zu bringen, so war später die Frage nach der schönen Stadt Bautzen Ausgangspunkt dafür, sich

mit persönlichen Kommentaren, mit Meinungen zurückzuhalten oder „verfängliche“ private Aufzeichnungen zu vernichten. Politische Widerständler wurden in beiden Regimes nur von einer Minderheit der Bevölkerung als Positivum wahrgenommen, viele litten bis in die 50er Jahre darunter, viele haben auch heute damit Probleme der Fremd- und vor allem der Selbstwahrnehmung. Wie viele (besser: wenige) Widerständler gegen die Nazis sind nach 1945 in höchste Staatsämter gelangt, wie viele (besser: wenige) Widerständler gegen die Kommunisten sind in höchste Staatsämter gelangt? Ich denke an Polen, an Tschechien – da sieht es ganz anders aus. Die Berufung des ehemaligen Häftlings Roland Jahn ist gleichsam eine Ausnahme für Deutschland, eine positive Ausnahme wie vor vielen Jahren der Ministerialdirektor Kreutzer, ein ehemaliger Bautzen-Häftling. [...]

Den Begriff Simulation habe ich verwendet, um komplementär plausibel machen zu können, daß es in dem zu besprechenden Bereich der Politik nicht um eine Annäherung an die Wirklichkeit respektive die Rechtsstaatlichkeit geht, sondern um die Vorspiegelung falscher Eigenschaften, um Täuschungen. Bei der Simulation von Rechtsstaatlichkeit gibt es nicht nur verborgene Parameter, sondern vor allem verborgene Konstanten. Was meine ich mit diesen Anlehnungen an die nichtpolitischen Wissenschaften? Die Rolle der verborgenen Parameter kam der Geheimpolizei (und zwar speziell der Linie IX, Untersuchungen) zu, die gleichsam in allen politischen Verfahren die Finger drin hatte, die hauptsächlich verborgene Konstante war die systematische Parteilichkeit des Gerichtes. Der Richter brauchte vielfach die „Akten mit den blauen Deckeln“, die „Stasi-Sachen“, gar nicht erst zu lesen, er meinte die Ermittlungsergebnisse des MfS einschließlich deren rechtlicher Würdigung direkt übernehmen zu können – so die Auskunft von Richtern bei einer Befragung nach 1989. Kurios wirkt die Auffassung vom Recht, wenn ein Richter sagt, er wäre jetzt (1990) bereit, „Recht für die Demokratie“ zu sprechen. Eine kleine Anmerkung: Man kann nur hoffen, daß nicht allzu viele Leute dieses Schlagles heute Recht sprechen.

(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors für das Halle-Forum 2011 am 23. und 24. September in der Gedenkstätte Roter Ochse Halle; leicht redaktionell bearbeitet und stark gekürzt; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)



Foto: N. Radlitz

Äußere Sicherungsanlagen und Wachturm der MfS-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen.

Kritik

Keine Unrechtsideologie?

Gefährliche Tendenzen deutscher Geschichtsdarstellung

Das Halle-Forum 2011 beschäftigte sich mit dem Thema „War die DDR ein Unrechtsstaat? Diskursive Forschung versus ostalgische Verklärung“. Den Eröffnungsvortrag hielt der Berliner Jurist und Herausgeber der Zeitschrift „Justament“, Dr. Thomas Claer. Nach eigener Auskunft selbst ein Kind der DDR, reiste er später in die Bundesrepublik aus und schlug dort eine akademische Laufbahn als Rechtstheoretiker ein.

Dr. Claer erwies sich als einer derjenigen „diskursiven Forscher“, die auf die Hauptfrage der Veranstaltung eine negative Antwort geben und entsprechend argumentieren. Nein, so Claers grundlegendes Fazit, die DDR war *kein* Unrechtsstaat! Diese Charakteristik treffe nur für *eine* bislang bekannte Diktatur zu, nämlich für Nazi-Deutschland, für die damit verbundenen Verbrechen, die singulär seien und für die es nichts Vergleichbares gäbe. Vor Beginn seines Vortrages ließ der Jurist für jeden Teilnehmer der Tagung ein Thesenpapier zur Verfügung stellen: „Warum eine differenzierende Betrachtung weder die DDR verharmlost noch die Würde der Opfer verletzt“. Claer verliert sich dort in einer Reihe rechtstheoretischer Betrachtungen, die schließlich in zwei ausschlaggebenden Thesen gipfeln: 1. Das letztlich entscheidende Merkmal eines „Unrechtsstaates“ ist eine „Unrechtsideologie“; der „Unrechtsstaat“ sei mehr als nur „Nicht-Rechtsstaat“. 2. Ein „Unrechtsstaat“ müsse Unrecht im Sinne der Radbruchschen Formel zielgerichtet produzieren.

Doch was heißt das konkret? Eigenartigerweise blieb der Referent diesbezüglich eine Erklärung schuldig, gab aber den lapidaren Hinweis, daß genau das, was nach Radbruch „unerträgliches Unrecht“ sein soll, „hier leider ausgespart bleiben“ muß. Dennoch: Durch die Hintertür formuliert Claer eine klare und unmißverständliche Antwort, die aufhorchen und zugleich erschauern läßt.

Er sieht im Marxismus als politikbestimmende und etablierte Weltanschauungsdoktrin in der DDR eben *keine* Unrechtsideologie als Grundlage für eine machtbesessene Parteinomenklatur. Im Gegenteil: Claer behauptet allen Ernstes

die Gleichartigkeit der Zielsetzungen des westlichen Liberalismus und des Marxismus als angeblicher „Weltbefreiungs-ideologie“. Die DDR wird somit als „fehlgeschlagenes Experiment“ verklärt – zugegeben mit „viel Leid“ für die Opfer des Systems (unermeßliches Leid, das also in einer Werteskala offenbar nur von minderwertigem Range ist). Denn schließlich war und ist es eine gute Idee, die dem Ganzen zugrunde lag, folgt man der erschreckenden Logik Claers, der den zahlreichen Meinungsbekundungen und Entgegnungen der Teilnehmer des Halle-Forums wohl kaum zu folgen in der Lage war.

**Nicht
liberale Individualität,
sondern das kollektive
Diktat bestimmte den
Marxismus.**

Claer beruft sich in seinem Vortrag auf die Traditionen der Aufklärung und der Moderne – und damit auch auf Karl Marx, den er hier verwurzelt sieht. Natürlich – Marx war ein Kind seiner Zeit, doch er war zugleich visionärer Machtmensch, der die Utopie des neuen Menschen hervorbrachte. Der Marxismus zielte auf alles andere als auf Rechtsstaatlichkeit oder Aufklärung. Der „bürgerliche Rechtsboden“ war ihm suspekt, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie galt es zu überwinden – nicht herzustellen, wie es Claer suggeriert. Und dafür definierte Marx völlig andere Bezüge, sein Denken und Handeln galt nicht dem „Diskurs der Moderne“, auf den sich Claer immer wieder beruft, sondern auf deren Überwindung und schließlich Vernichtung, denn Diskurs heißt auch Offenheit. Doch von einer offenen Gesellschaft kann man in Anlehnung an den großen Geisteswissenschaftler Karl Popper weder im Marxismusbild des 19. Jahrhunderts noch in dem des realen Sozialismus in der DDR sprechen. Nicht liberale Individualität, sondern das kollektive Diktat bestimmte

den Marxismus, und das auch mit strafrechtlichen Mitteln. Ein Gespür für die politische Strafjustiz in der DDR war indes den Ausführungen Claers nicht zu entnehmen. Das kommt wohl auch nicht von ungefähr. Schließlich war es der Bundesgerichtshof selbst, der nach 1990 DDR-Unrecht quasi im Nachhinein legalisierte. Man fühlt sich fast an die Worte eines bekannten Politikers erinnert, der einmal sagte: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Und in diesem Kontext verweist nun Claer auf Radbruch: Unrecht ja, wenn es „unerträglich“ ist. Was das konkret heißt, ist bis heute umstritten. Nur eines scheint klar und politisch korrekt zu sein: der Unrechtsstaat ist aus diesem Verständnis oder vielleicht besser Unverständnis heraus gesehen einmalig präsent und kann nur am Dritten Reich festgemacht werden, also, was nicht sein kann, das nicht sein darf...

Der Einblick in die Denkweise und in den akademischen Diskurs an deutschen Universitäten und Hochschulen, namentlich durch den Vortrag Dr. Thomas Claers, der sich auf zahlreiche seiner Zunftkollegen beruft und mit diesen in Einklang steht, mag für die Teilnehmer des Halle-Forums – die wie ich selbst Opfer der Willkürjustiz der SED waren – sowohl ernüchternd als auch erschreckend und äußerst befremdlich gewesen sein. Für die deutsche Geschichtsdeutung ist dieses Statement fatal!

Dr. Claer möchte ich auffordern, einerseits die „Würde der Opfer“ mit derartigen Verlautbarungen, wie vorgetragen, nicht in Frage zu stellen, denn es gibt keine Opfer erster und zweiter Klasse. Andererseits möge er den breiteren Diskurs zur Thematik ernst nehmen. Eine „differenzierende“ Betrachtung ist nötig und erschöpft sich keineswegs in einem politischen Schlagabtausch, sie ist aber auch wichtig und erforderlich, um die verbrecherischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland und ausgehend von deutschem Boden zu verstehen, namentlich die Verwurzelung der ideologischen Vordenker der Linkspartei. Doch den Anfängen zu wehren hat die deutsch-deutsche Zivilgesellschaft nach dem Untergang des Kommunismus als Staatsgebilde vor über zwanzig Jahren offenbar längst verpaßt.

Dr. Georg Beyer, Gevelsberg
(Roter Ochse 1974/75, Cottbus bis 1976)

„Sie wären Käsehändler geworden“

Literatur und Diktatur im kommunistischen Rumänien

Von Nicole Glocke

Dr. Anneli Ute Gabanyi hat sich jahrelang mit dem schwierigen Spannungsverhältnis zwischen Partei und Literatur in Rumänien beschäftigt und hielt zu diesem Thema im Juni dieses Jahres einen Vortrag in der Berliner Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus. Die 1942 in Bukarest als Tochter einer siebenbürgisch-sächsischen Familie geborene Politikwissenschaftlerin, Journalistin und Literaturkritikerin stand dem Regime von Anfang an ablehnend gegenüber. Am Beispiel ihres Vaters erlebte sie hautnah mit, wie die Machthaber mit Andersdenkenden umgingen: Ihr Vater wurde enteignet und hatte Berufsverbot. Während des Studiums verweigerte sie sich einer Anwerbung durch den Geheimdienst und hatte damit ihre Zukunftschancen verspielt. 1963 zog sie die Konsequenzen und verließ ihr Heimatland.

Sie schaffte es, nach Westdeutschland auszureisen und setzte dort an verschiedenen Hochschulen ihr Studium der Politikwissenschaften fort. Anschließend promovierte sie an der Universität der Bundeswehr in Hamburg und engagierte sich bis 1989 unter anderem beim Sender Free Europe in München. Nach 1989 arbeitete sie am Südost-Institut in München und als wissenschaftliche Referentin für die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Des Weiteren hat sie sich mit ihren zahlreichen Büchern und Veröffentlichungen über Osteuropa einen Namen gemacht.

Die Schlüsselfragen ihres Vortrags lauteten: Wie angepaßt waren die Bürger, speziell die Schriftsteller in Rumänien? Was bedeuten unter den Bedingungen einer Diktatur überhaupt Mut, Courage und Opportunismus? War die rumänische Literatur tatsächlich nur ein willfähiges Instrument des Regimes? Dr. Gabanyi, die selber von der Securitate überwacht und von den rechtschreibunkundigen Offizieren als „Matta Hary“ bezeichnet wurde, bedauerte zu Beginn ihres Vortrages, daß aufgrund der Fokussierung auf die Securitate die Rolle der Schriftsteller bislang zu kurz gekommen sei. „Der Grund hierfür ist der, daß es erst seit 1999 eine rumänische Gauck-Behörde gibt. Zwar kommt langsam eine Diskussion über die Vergangenheit in Gang, aber leider wollen dennoch viele nichts mehr vom geschehenen Unrecht wissen.“

Die Jahrzehnte der kommunistischen Herrschaft teilte Gabanyi in mehrere Zeitabschnitte ein, in denen Literaturschaffende mal mehr und mal weniger Freiheiten besaßen. Die erste Phase setzte sie von 1948 bis 1953, dem Todesjahr Stalins, an. Diese Jahre waren von erbarmungslosem Terror gekennzeichnet. Die Partei verfolgte innerhalb der Kultur das Ziel, einen neuen, vom Kommunismus durchdrungenen Menschen zu schaffen. Hinzu kam das Mißtrauen der Sowjetunion, „da Rumänien als einziges Land Osteuropas dem romanischen Sprachbereich angehörte, so daß das KGB davon überzeugt war, die Rumänen hätten mit dem Kommunismus nicht viel am Hut. Daher wurden nicht nur viele Schriftsteller verhaftet und die Geschichte uminterpretiert, sondern in einigen Teilen des Landes sogar das kyrillische Alphabet eingeführt.“ Herausragende Autoren wie Lucian Blaga erhielten Schreibverbot. Blaga beispielsweise durfte nur noch Übersetzungsarbeiten leisten, obwohl er 1956 für den Nobelpreis für Literatur vorgeschlagen worden war. In jenen Monaten des Terrors gedieh der Opportunismus, Gabanyi sprach sogar von einer „Hochzeit“ der Anpassung.

In der Tat, Opportunismus lohnte sich. Diejenigen, die dem Regime nach dem Mund schrieben, verdienten viel Geld und besetzten Leitungspositionen. „Unter normalen Umständen wären sie Käsehändler geworden“, zitierte Gabanyi einen kritischen Schriftstellerkollegen. Zum Entsetzen der Kommunistischen Partei interessierte sich jedoch die Masse nicht für die Borniertheit der staatsstreuen Intellektuellen. Daher schufen die Funktionäre Literaturschulen, aus denen trotz der allgegenwärtigen Repressionen freie Geister hervorgingen. „Diese Schriftsteller besaßen Autorität, wurden gelesen und als wichtige moralische Instanz geachtet. Jede kleine Bresche, die sie schlugen, nahmen die Menschen wahr. Man muß sich immer vor Augen halten: Sie erkämpften sich ein Stückchen Freiheit in einem Land, in dem es keine freie Presse und keine freie Wissenschaft gab“, betonte Gabanyi. Ihrer Bukarester Freundin etwa stahlen Securitate-Offiziere dreimal ihr Manuskript aus der Wohnung, was bedeutete, daß sie dreimal ihr Buch neu schreiben mußte.

Nach dem Tode von Stalin folgte eine Phase der Entsowjetisierung. So brauchten Schüler kein Russisch mehr zu lernen – in der DDR wäre dies undenkbar gewesen. Nach der blutigen Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 zogen die Kommunisten die Zügel wieder straffer an. „Alles, was nach Gruppe oder nach Fraktionen aussah, wurde verfolgt und verhaftet. Der Terror richtete sich insbesondere gegen die deutschen Minderheiten.“ 1958 zogen sich die sowjetischen Truppen zurück. Dieser Rückzug bildete die Grundlage für die relative Autonomie Rumäniens, die vor allem innerhalb der Außenpolitik sichtbar wurde. Der 1965 an die Macht gekommene Nicolae Ceauşescu leitete die nächste Zäsur ein. Mit allen Mitteln versuchte er, sich die Literatur untertan zu machen. Er beseitigte viele Privilegien und kürzte die Honorare. Doch einige Schriftsteller widersetzten sich seinem Kurs und ließen sich nicht für Zwecke des Diktators instrumentalisieren.

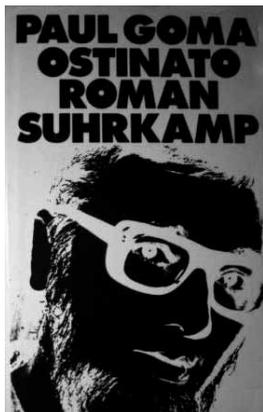
Man sollte meinen, daß sich nach der Abschaffung der Zensurbehörde 1977 endlich die lang ersehnte Liberalisierung durchgesetzt und sich die Situation kritischer Autoren entschärft hätte. Ein Trugschluß: „Die Machthaber setzten auf Selbstzensur, Wachsamkeit und Denunzianten von Kollegen und Freunden. Fatalerweise wurde diese Selbstzensur immer straffer“, erläuterte Gabanyi. Dies wurde von dem Zeitzeugen Helmuth Frauendorfer, der ebenfalls aus Rumänien stammt und heute stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen ist, bestätigt. „Demgegenüber ist sicherlich nur schwer vorstellbar, daß man im düsteren Rumänien trotzdem einige Freiheiten hatte. So habe ich Mitte der achtziger Jahre eine deutsche Literaturbeilage geschaffen. In der Regel schlug der Geheimdienst erst nach zwei, drei Jahren zu.“ Frauhofer wies zudem darauf hin, daß die Leser neu erschienene Bücher in erster Linie nach literarischen Maßstäben beurteilten und sie sich dann erst mit den politischen Aspekten beschäftigten.

Ein typisches Beispiel für den Zickzack-Kurs in der Kulturpolitik ist der weltbekannte Schriftsteller Paul Goma. Der 1935 im heutigen Moldawien, damals Bessarabien, geborene Künstler nahm 1954 an der Philosophischen Fakultät der Universität Bukarest ein Studium auf. Als der Aufstand in Ungarn ausbrach, machte er aus seiner Sympathie für die Erhebung keinen Hehl und gehörte zu den führenden Aktivisten der Bukarester Studentenbewegung, die sich mit den Aufstän-



Referentin
Dr. Gabanyi.

dischen solidarisierten. Goma, der schon als Schüler wegen seiner antikommunistischen Haltung von der Securitate für acht Tage inhaftiert worden war, konnte diesmal nicht mehr mit Milde rechnen. Wegen der „dem Sozialismus feindlich eingestellten Demonstration“ mußte er zwei Jahre in den Gefängnissen von Jilava und Gherla verbringen und wurde anschließend für weitere vier Jahre in die Tiefebene der Baragan-Steppe zwangsumgesiedelt. „Dort lebten die Menschen unter erbärmlichen Bedingungen in pri-



Paul Gomas weltberühmter Gefängnisroman.

mitivsten Lehmhütten. Im Winter gab es keinerlei Schutz vor der eisigen Kälte. Dort war es einfach nur grauenvoll“, so Gabanyi. Immerhin: 1964 durfte Goma sein Studium in Bukarest wieder fortsetzen, wurde zwei Jahre später von der Securitate aber zur endgültigen Aufgabe gezwungen.

Goma ließ sich trotz der schlimmen Gewalt, die das Regime ihm angetan hatte, nicht einschüchtern. Ihm gelang es, seinen weltberühmten Gefängnisroman „Ostinato“ im westdeutschen Suhrkamp-Verlag zu veröffentlichen. Auf der Frankfurter Buchmesse 1971 feierte ihn das westliche Publikum sogar als „rumänischen Solschenizyn“. Goma galt nun als Bürgerrechtler, der den Mut besaß, für die tschechoslowakische Charta 77 einzutreten. Sein offener Brief wurde über den Sender Free Europe verlesen. Parallel dazu begann die erste rumänische Ausreisewelle. Goma, der wegen seines antikommunistischen Engagements weiterhin unter schlimmen Verfolgungsmaßnahmen zu leiden hatte, ergriff die Chance und wählte Frankreich als sein Exil. Heute lebt er weitgehend vergessen in Paris. Seine rumänischen



Foto: Carl Gibson

Securitate-Zentrale (Temeswar).

Landsleute zeigen auch gegenwärtig kein Interesse für seine Werke.

„Als Bilanz ist festzuhalten, daß die literarische Szene gespalten war. Es hat nicht nur opportunistische Schriftsteller gegeben, die sich dem Regime angeeignet haben. Aber leider befindet sich die gesamte Vergangenheitsaufarbeitung immer noch in den Kinderschuhen. Die aktuelle Situation ist mit der von 1990 in Deutschland vergleichbar“, resümierten sowohl Gabanyi als auch Frauendorfer.

Freiheitsstrafe für russischen Archivar

Erschwerte Bedingungen bei der Aufarbeitung des Stalinismus befürchtet

(tg)Wie die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 13. Dezember mitteilte, hat das Bezirksgericht der nordrussischen Hafenstadt Archangelsk den Archivar Alexander Dudarew zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Dieser hatte dem Historiker Michail Suprun biographische Informationen von Rußland-Deutschen zugänglich gemacht, die in der Sowjetunion nach Sibirien deportiert worden waren. Das Verfahren gegen den ebenfalls angeklagten Historiker wurde wegen Verjährung eingestellt. Die russische Menschenrechtsorganisation MEMORIAL ist alarmiert, weil in diesem Verfahren das in der russischen Gesetzgebung verbürgte Recht auf Privatsphäre in bisher nicht gekannter Form auf geschichtswissenschaftliche Forschungen angewendet worden ist. Mit diesem Präzedenzfall besteht die Gefahr, daß historische Forschungen zur Geschichte der Repression in der stalinistischen Sowjetunion fortan unter dem Damoklesschwert juristischer Konsequenzen stehen.

„Dieses Urteil trifft nicht nur die beiden Wissenschaftler, sondern die gesamte Aufarbeitung des Stalinismus in der ehemaligen Sowjetunion“, sagte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky.

Vor Gericht wurden die Lebensdaten der Deportierten sowie Angaben zu Verhaftung, Haftdauer und -ort als Teil der Privatsphäre ausgelegt, für deren geplante Publikation eine ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen erforderlich gewesen wäre. Die Menschenrechtsorganisation MEMORIAL betonte dagegen, daß es in der russischen Gesetzgebung keine präzise Definition dessen gebe, was unter Privatsphäre zu verstehen sei.

Daten, wie sie von Suprun recherchiert wurden, fänden sich in zahlreichen Datenbanken mit Listen von Opfern, etwa in der Datenbank des russischen Verteidigungsministeriums über die Gefallenen im Zweiten Weltkrieg. „Angaben, wie sie

in jedem Lexikon stehen können, sollten nicht als personenbezogene Daten unter einschränkende Bestimmungen des Datenschutzes fallen“, erklärte Anna Kaminsky.

Die Folgen des Verfahrens sind weitreichend und dürften für die historische Aufarbeitung des Stalinismus schwerwiegende Folgen haben. Bereits jetzt gewähren zahlreiche Regionalarchive Historikern keinen Zugang mehr zu Akten über politische Verfolgungen und stalinistischen Terror. Der Zugang zu den Unterlagen großer russischer Staatsarchive wird häufig ebenfalls verwehrt. Nur mit klaren gesetzlichen Regelungen könne die historische Aufarbeitung des Stalinismus in Rußland erfolgreich fortgesetzt werden, so Anna Kaminsky.

Einblicke in einen GULag

Die Schreckensherrschaft des nordkoreanischen Kim-Regimes

(igfm-st) Wegen regimekritischer Tätigkeiten wurde die Familie von Dr. Oh Kil-Nam in ein nordkoreanisches Arbeitslager verschleppt. Seit 25 Jahren bemüht sich Dr. Oh um Familienzusammenführung, aber von seiner Frau und seinen Töchtern fehlt seit 1991 jedes Lebenszeichen. Die Internationale Gesellschaft für Men-

In einer gemeinsamen Mahnwache vor der Berliner Botschaft Nordkoreas forderten die Menschenrechtler am 27. Oktober die Freilassung der Familie von Dr. Oh Kil-Nam. Dieser wurde in Südkorea geboren, und studierte Deutsche Literatur in Seoul und Wirtschaft in Bremen. Zu Beginn der 80er Jahre kritisierte er in Deutschland das damals in Südkorea regierende Militär. Mit Stellenzusagen und anderen Versprechungen wurde er daraufhin mit seiner Familie nach Nordkorea gelockt. Nach massiver Indoktrination schickte man ihn allein nach Europa, damit er seinerseits Südkoreaner verleitete, in den stalinistischen Norden einzureisen.

Vor dieser Entsendung hatte Dr. Oh mit seiner Frau verabredet, in Europa Asyl zu beantragen, damit nicht weitere Südkoreaner ihr Schicksal teilen müßten. Als Vergeltung verurteilten die nordkoreanischen Behörden seine Frau und die beiden Töchter zu Zwangsarbeit im berüchtigten Arbeitslager Yodok.

Dr. Oh gelang in Kopenhagen die Flucht. In den Jahren 1987, 1988 und 1991 erhielt Oh Kil-Nam in regelmäßigen Abständen Briefe, Fotos sowie eine Audiokassette mit Nachrichten seiner Familie, die ihn zu einer Rückkehr nach Nordkorea bewegen sollten.

Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstandes der IGFM, kündigte weitere Mahnwachen und andere Aktionen

an. „Kim Jong-un, der demnächst den Zwangsstaat Nordkorea steuern soll, wird die Methoden seines Vaters und seines Großvaters nicht auf Dauer fortsetzen können. Humanitäre Gesten, wie die Zusammenführung der Familie von Dr. Oh, könnten zeigen, daß das Regime einen neuen Weg sucht“, sagte er. Der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner betonte: „Als ehemalige Verfolgte des SED-Regimes nehmen wir am Schicksal der Nordkoreaner größten Anteil. Nach dem Grauen des sowjetischen GULags darf die Welt zu den Verbrechen der nordkoreanischen Kommunisten am eigenen Volk nicht schweigen.“

Neben Oh Kil-Nam nahm auch Kim Tae-Jin, ehemaliger Gefangener im nordkoreanischen GULag, an der Mahnwache und einer anschließenden Pressekonferenz in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus teil. Später trafen sich beide mit ehemaligen politisch Verfolgten der SBZ/DDR-Diktatur in den Räumen der UOKG und besuchten dann Markus Löning, den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, im Außenministerium. Dieser zeigte sich besonders vom Schicksal der Familie Dr. Ohs außerordentlich schockiert.

In Nordkorea sind sechs große Stammlager und über 100 Nebenlager bekannt, deren Existenz die nordkoreanische Regierung vehement leugnet. Die Lager sind komplett von der Außenwelt abgeschottet. Nach Angaben der IGFM stammen Informationen über den nordkoreanischen GULag vor allem von geflohenen ehemaligen Wachen und von Satellitenbildern. Überlebende Flüchtlinge berichten von unfaßbaren Zuständen.

Häftlinge seien gezwungen, zwölf bis achtzehn Stunden am Tag sklavenartige Arbeit zu verrichten, bekämen aber nur zwischen 200 und 350 Gramm Nahrung pro Tag. Um nicht zu verhungern, äßen die Gefangenen Ratten, Frösche, Schlangen, Insekten und in ihrer Verzweiflung sogar Fäkalien. Foltermethoden, wie das Abschneiden von Fingern und das mutwillige Zufügen von Verbrennungen, seien an der Tagesordnung.



Foto: D. Jungnickel

Pressekonferenz in der Gedenkbibliothek. (v.l.) Rainer Wagner, Erika Steinbach (Vors. d. Arbeitsgruppe Menschenrechte d. CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Martin Lessenthin, Oh Kil-Nam, Kim Tae-Jin.

schenrechte (IGFM) und die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) haben sich für die Freilassung von Frau Shin-Sook Ja und ihren Töchtern Oh Hae Won und Oh Kyu Wan eingesetzt.



Foto: Th. Mittrup

Termin im Außenministerium: (v.l.) Markus Löning mit Oh Kil-Nam und Kim Tae-Jin.

Neue Initiative zur Anerkennung von Gesundheitsschäden

Fachtagung am 29. Oktober 2011 in Hannover

Das schlimme Schicksal von SED-Opfern führte auf einer Fachtagung in Hannover zu seltenen Gemeinsamkeiten: Eine mit Politikern von Regierungs- und Oppositionsparteien paritätisch besetzte Diskussionsrunde hat sich für neue Initiativen zu einer verbesserten Anerkennung von Gesundheitsschäden bei Opfern der SED-Diktatur ausgesprochen.

Die Bundestagsabgeordneten Dr. Maria Flachsbarth (CDU), Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) sowie FDP-Landesvorsitzender Dr. Stefan Birkner und die SPD-Landtagsabgeordnete Dörthe Weddige-

Degenhard werden versuchen, über ihre Parteien die großen Unterschiede bei der Anwendung der Bundesgesetze in den Ländern zu bereinigen. Dazu sollen verschiedene Beweiserleichterungen angewandt werden. Die Beurteilung sollte vor allem nur noch von solchen Gutachtern erfolgen, die tatsächlich ausreichende Kenntnisse von den schädigenden Haft- und Verfolgungsbedingungen in der SED-Diktatur haben.

In einer stundenlangen Fachdiskussion hatten die über hundert, aus mehreren Bundesländern angereisten DDR-Opfer

zuvor im Beisein von Psychologen, Fachanwälten und Sachverständigen ihre bedrückenden Leidensgeschichten dargestellt und gemeinsam nach Perspektiven gesucht, wie es zu einer verbesserten Anerkennung von Haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden kommen kann. Die Fachtagung wurde vom Netzwerk Niedersachsen für SED- und Stasiopfer, dem bundesweiten Netzwerk Stasiopfer Selbsthilfe e.V. (www.stasiopfer.selbsthilfe.de) sowie dem Bildungswerk Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet. Die Leitung lag in Händen des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Hartmut Büttner. Wesentliche Teile der Vorarbeiten erledigte Bruni Grabow, sie hielt auch die Einführungsrede (www.sed-opfer-hilfe.de).

Harry Hinz

Bevor wir uns versöhnen...

Über das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern des SED-Regimes im Jahr 2011

(st)Pünktlich zur Vorweihnachtszeit ergeht seit einigen Jahren via Medien an die ehemaligen Verfolgten der SBZ/DDR-Diktatur der Aufruf, sich mit ihren einstigen Verfolgern zu versöhnen. Zu diesen Stimmen gehört auch die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann. Eine Podiumsdiskussion der UOKG am 15. November in Berlin wollte Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des Versöhnungsansinnens näher untersuchen. Neben der Landesbischöfin beteiligten sich Bürgerrechtler Stephan Hilsberg MdB a.D., Ulrike Poppe, Bürgerrechtlerin und Landesbeauftragte zur Aufarbeitung in Brandenburg, sowie Rainer Wagner, UOKG-Vorsitzender. Die Moderation übernahm Tobias Lehnert von der Agentur Anhaltend.

Man könne sich nicht mit Unrecht versöhnen, stellte Ulrike Poppe zunächst einmal fest. Mit Menschen sei dies jedoch möglich, z.B. nahen Verwandten, die schuldig geworden wären. Auf jeden Fall müsse der Schuldige jedoch den ersten Schritt tun, „eine Sühneleistung vorangehen und Unrecht als Unrecht benannt werden“. Ein zentraler Punkt sei das Eingeständnis der Schuld. Dem stimmte Rainer Wagner zu. Er persönlich könne auf menschlicher Ebene vergeben, doch er habe den Verdacht, daß die eingeforderte Versöhnung eher dem Wunsch der Täter nach öffent-

licher Rehabilitierung entspreche. Bischöfin Junkermann wandte ein, es gehe um Versöhnung mit der eigenen Biographie von Erlittenem und Zugefügtem. „Es wird zuwenig getan, um die Täter aus ihrer Abschottung herauszunehmen.“ Stephan Hilsberg entgegnete, die Gesellschaft müsse sich gegen ein Verlangen nach Versöhnung im Sinne von Pflicht und damit Schuldumkehr zur Wehr setzen, man könne sich nicht mit dieser Ideologie versöhnen, und die beste Therapie sei immer noch eine Entschuldigung der Täter. Ob die Forderung der Kirche, „Versöhn dich doch endlich!“, nicht eher Salz in offene Wunden sei, fragte der Moderator, an Ilse Junkermann gerichtet, nach. Sie fordere nicht Versöhnung, entgegnete die Bischöfin, dies sei von den Medien falsch wiedergegeben worden. Sie wisse, daß man um Versöhnung bitten müsse. Auf die Frage, ob sie heute anders formulieren würde, antwortet Junkermann: „Ja, ganz bestimmt.“

Ulrike Poppe gab zu bedenken, für einen Diskurs über Schuld und Unrecht könne man die Gesellschaft nicht scharf in zwei Seiten teilen, in hochentwickelten Systemen sei die Schuld breit verteilt. Wichtig wäre vor allem, hinter die Mechanismen zu sehen, nicht als Entlastung, sondern um zu verstehen, wie Schuld entsteht. Rainer Wagner unterschied noch einmal zwischen Vergebung einzelner und Ver-



(v.l.) Stephan Hilsberg, Ilse Junkermann, Tobias Lehnert, Rainer Wagner, Ulrike Poppe.

söhnung in der Gesellschaft: „Gesamtgesellschaftlich halte ich die Zeit einfach für noch nicht reif.“ Die Bischöfin fügte hinzu, daß die Menschen „aus der Gruppenrechtfertigung heraus müssen, um individuell zu ihren Taten zu stehen“. Die Gesellschaft habe das Maximale getan, damit Täter sich öffnen könnten, argumentierte Stephan Hilsberg. Wer Schuld habe, hielt diese Tatsache in der Regel von sich weg. Die Versuche von Opfer-Täter-Gesprächen in der Vergangenheit seien nur Plauderstunden gewesen. Eine Diskussion über Anpassung und Mitläufer finde nicht statt. Es sei aber dringend erforderlich zu fragen: „Warum haben alle mitgespielt?“

Erinnerung an das Schicksal einer starken Frau

Maria Stein (1926-2002)

Maria Stein wurde am 25. März 1926 als Tochter der Familie Schaft in Nordhausen geboren. Sie heiratete nach dem Krieg 1978 ihren Mann Heinz Stein.

In Nordhausen wurde sie am 22. Juli 1949 von der Polizei unverhofft festgenommen und in Weimar vom Sowjetischen Militärtribunal ohne einen Rechtsbeistand und ohne Zeugen wegen angeblich nachgewiesener Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Von Weimar kam sie zusammen mit zahlreichen Frauen in das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen und nach Schließung des Lagers im Februar 1950 – total entkräftet vor Hunger und Kälte – ins Zuchthaus Burg Hoheneck in Stollberg. Hier waren 1500 Frauen und 26 Kinder schlecht unterge-

bracht und behandelt. Am 30. Juli 1956 konnte sie Hoheneck nach sieben Jahren Haft durch eine Amnestie verlassen. Ihren Mann fand sie über das Rote Kreuz wieder. Er hatte zu ihr gehalten und sieben Jahre auf sie gewartet. Das war nicht bei allen anderen Frauen der Fall.

Im Jahr 1971 kam Maria mit ihrem Mann nach Lützelbach und baute 1972 in der Bogenstraße ein Wohnhaus, an das sie 1977 eine Gaststätte als Schank- und Speisewirtschaft angliederte. Sie gab der Gaststätte den Namen „Zum Hoheneck“ und machte daraus ein gastliches und beliebtes Haus.

Obwohl Maria Stein gesundheitlich schwer angeschlagen war, organisierte sie seit den siebziger Jahren Wiedersehensbegegnungen und jährliche Treffen in Lützelbach und führte die ehemaligen gefangenen Frauen von Hoheneck als Schicksalsgemeinschaft zusammen. Sie übernahm jedes Jahr die aufwendige Organisation mit Unterkunftsplanung, gemeinsamen Essen und Programmen. Das Interesse an den Treffen wuchs ständig. 100 bis 150 Frauen nahmen daran teil. Auch aus Übersee konnten ehemalige Hoheneckerinnen begrüßt werden. Um auch finanziell weniger gutgestellten Frauen die Teilnahme zu ermöglichen, wurde eine Kameradschaftskasse gegründet, die Unterstützungen auszahlen konnte. Aus dieser Kasse wurden auch vor der Wende Weihnachtspakete für die in der ehemaligen DDR lebenden „Hoheneckerinnen“ finanziert. Nach der Wiedervereinigung kamen im Jahr 1990 zum ersten Mal auch Frauen aus den neuen Ländern hinzu. Am 26. April 1991 wurde der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen“ als gesamtdeutscher Verein gegründet. Maria Stein wurde einstimmig zur Vorsitzenden gewählt und blieb es bis zu ihrem Tod.

Allmählich wuchs die Zahl der betreuten Frauen auf über 450 an. Immer wieder forderte Maria Stein die Rehabilitierung der ehemaligen Hoheneckerinnen und drängte auf eine Haftentschädigung für die erlittenen seelischen und körperlichen Schäden, die den Frauen zugefügt worden waren, und auf die Anerkennung der Haftzeit bei der Rentenversicherung. Ihr soziales Verantwortungsbewußtsein spiegelte sich in zahlreichen weiteren Aktivitäten in ihrer Heimatgemeinde



Foto: Privat

Maria Stein.

Lützelbach. Sie wurde 1975 Vorsitzende des VdK und kümmerte sich um vielfältige Renten- und Versorgungsfragen der Mitglieder. Sie bemühte sich um die Seniorennachmittage und um Aktionen für die Stiftung „Menschen für Menschen“ von Karlheinz Böhm und die Aktion Sorgenkind. Maria Stein wurde am 7. Oktober 1995 im Kreise ihrer „Hoheneckerinnen“ in Lützelbach der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Verbunden durch die schrecklichen Erinnerungen und unmenschlichen Erlebnisse verstehen sich die Frauen von Hoheneck bis heute als Schicksalsgemeinschaft und gedenken alle Zeit Maria Steins und ihrer Leistung. Der Name Hoheneck wurde zum Synonym für die Verfolgung aus politischen Gründen inhaftierter Frauen in der DDR. Hier wurden politische Gefangene entwürdigt und ausgebeutet. Der Frauenkreis der „Hoheneckerinnen“ hat sich das Ziel gesetzt, die Erinnerung an die Opfer des wohl bekanntesten und berüchtigsten Frauengefängnisses der DDR zu bewahren. Nachfolgende Generationen müssen immer wieder daran erinnert werden, daß die heute als selbstverständlich empfundene Freiheit als kostbarstes Gut gegen Willkür und Diktatur verteidigt werden muß. Möge die Erinnerung an Maria Stein ein Versuch gegen das Vergessen sein.

(Text einer Gedenktafel für Maria Stein im Rathaus Lützelbach, eingeweiht am 10. September 2011)



Foto: H. Schnur

Zur Erinnerung an Maria Stein pflanzte die Gemeinde Lützelbach am 31. August 2011 an der Grundschule eine Eiche. (v.l.) Schulleiterin Corinna Hausdorf, Oliver Grobeis als Vertreter des Landrats, Bürgermeister Uwe Olt, Landrat a.D. Horst Schnur und Angelika Grünwald, die Maria Stein bis zu ihrem Tode betreute und noch heute die Kasse der Hoheneckerinnen verwaltet.

Neuer Vorstand gewählt

Verbände-Treffen der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft am 19./20. 11. in Berlin

(st)Den traditionellen Bericht des Vorstandes über die zurückliegenden Monate begann der Vorsitzende des Dachverbandes, Rainer Wagner, mit einer Erinnerung an die politischen Gefangenen in den noch heute existierenden kommunistischen Regimes. Die UOKG hatte sich u.a. an einer Veranstaltung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte beteiligt, die eine sofortige Auflösung des nordkoreanischen GULags forderte (s.S. 10). Wagner berichtete weiter von zahlreichen Kontakten, Anhörungen und Korrespondenzen, die den politischen Einfluß der UOKG vertieften. Zu den Aufgaben, deren Lösung trotz vielfältiger Bemühungen noch ausstehen, gehöre das derzeitige Rentenunrecht der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und freigekauften Häftlinge – die entsprechenden Stellen „wollen einfach keine Gespräche“, so Wagner – sowie der derzeitige Status der sogenannten Opferrente. Diese sei bis jetzt lediglich eine Sozialleistung, sie müsse jedoch zu einer echten Opferrente werden.

Zum Thema „Die Angebote des Niedersächsischen Innenministeriums zur Beratung und Unterstützung politisch Verfolgter“ sprach als Gast Klaus Engemann, Referatsleiter in diesem Ministerium. Für Niedersachsen sei die Aufarbeitung der SED-Diktatur ein herausragendes politisches Anliegen. Die Landesregierung wolle Ungerechtigkeiten und Unklar-

heiten bei der Rehabilitierung und Entschädigung abbauen. Zur Zeit bezögen ca. 1230 Personen in dem Bundesland die Opferrente, die Zahl steige jedoch stetig, das sei z.B. der Wirtschaftlage, aber auch der Verrentung ehemaliger politischer Häftlinge geschuldet. Engemann stellte fest, daß ohne die Beratungsinitiative des Landes viele Ansprüche der politisch Verfolgten nicht durchgesetzt worden wären. Einer der Gründe für das besondere Engagement Niedersachsens bei dieser Problematik läge darin, daß es das Land mit dem längsten Abschnitt der innerdeutschen Grenze im Westen gewesen sei. So wäre die Teilung schon immer besonders schmerzhaft empfunden worden. Zur Aufarbeitung in Niedersachsen gehöre auch die Erinnerung an die inzwischen beendete Arbeit der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, eine umfassende Filmdokumentation über diese Einrichtung sei geplant. Engemann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die ins Bundesarchiv in Koblenz verbrachten Akten der Erfassungsstelle mittlerweile jedermann zugänglich seien.

Das Goldene Ehrenabzeichen der UOKG ist eine Auszeichnung, die bisher nur sehr wenige Personen erhalten haben. An diesem Wochenende wurde es an Mitglieder verliehen, die sich über viele Jahre mit besonderem Einsatz um Vorankommen und innere Einheit des Dachverbandes



Der neue Vorstand (v.l.): Michael Schulz, Rainer Schneider, Roland Lange, Katrin Behr, Rainer Wagner, Anita Göbler, Ernst-O. Schönemann.

verdient gemacht haben: Gerhard Finn und Horst Schüler (beide Ehrenvorsitzende), Wolfgang Becker, Margot Jann und Dr. Klaus Zöllig.

Die nach zweijähriger Legislaturperiode wieder anstehende Wahl des Vorstandes brachte folgende Ergebnisse: Rainer Wagner –Vorsitzender, Roland J. Lange – erster Stellvertreter, Ernst-Otto Schönemann – zweiter Stellvertreter, Anita Göbler, Michael Schulz, Rainer Schneider und Katrin Behr als Beisitzer. Für die Schlichtungskommission wurden gewählt Sibylle Dreher, Dr. Dietrich Koch und Tino Stephan. Der neue Vorstand nimmt seine Arbeit mit Beginn des Jahres 2012 auf.

Die Vertreter der Mitgliedsverbände verabschiedeten auf ihrer Tagung einen dringenden Appell an die Bundesregierung um Unterstützung (s.S. 3). Das nächste Treffen ist für den 31.3. und 1.4.2012 geplant.

Zum Tod Franz Josef Degenhardts

Der am 14. November in Quickborn bei Hamburg verstorbene Rechtsanwalt, Protestsänger und Schriftsteller Franz Josef Degenhardt (1931-2011), der am 3. Dezember seinen 80. Geburtstag hätte feiern können, war 20 Jahre vor dem Mauerfall auch mit dem Ost-Berliner Liedermacher Wolf Biermann befreundet, der am 15. November dieses Jahres in Hamburg seinen 75. Geburtstag feierte. Irgendwann um 1970 besuchte der Verfasser der „Schmuddelkinder“ den seit Dezember 1965 unter Berufsverbot stehenden Biermann in der Ost-Berliner Chausseestraße und schmuggelte anschließend ein in einer Streichholzschachtel verstecktes Tonband mit unveröffentlichten Biermann-Liedern nach West-Berlin, die dann als Schallplatte unter dem Titel „Der Biermann kommt“ erschienen sind. Die

Freundschaft zerbrach, als Degenhardt auf SED-Positionen einschwenkte und seine früheren Ansichten widerrief.

Zur Zeit des kurzlebigen „Prager Frühlings“ 1968 nämlich war Degenhardt wie Biermann Anhänger des Reformkommunismus Alexander Dubčeks, der die Revolution „auf eine neue Stufe“ zu heben versuchte. Nachlesen kann man das alles in dem Liedtext „Zu Prag“, einer Hymne auf den Prager Frühling. Dann kam der 21. August 1968, als in der Nacht die Truppen des Warschauer Pakts von drei Himmelsrichtungen in die Tschechoslowakei einrückten und die „Konterrevolution“ mit ihren Militärstiefeln niedertrampelten. Der damals nach Prag ausgebürgerte DDR-Schriftsteller Manfred Bieler (1934-2002) rief in der Nacht noch einen

Freund in Ost-Berlin an und hielt den Telefonhörer aus dem Fenster, damit am anderen Ende der Leitung die rasselnden Panzerketten zu hören waren.

Nach dem Einmarsch geriet Degenhardt unter den Einfluß der westdeutschen Kommunisten von der DKP und näherte sich deren Positionen an. Nun verdammte er den Reformkommunismus als „Konterrevolution“, revidierte seine ideologischen Positionen und wurde 1978 DKP-Mitglied. Seinem Lied „Zu Prag“ hängte er eine letzte Strophe an, worin er seine Empörung von 1968 widerrief. Nachzulesen ist das in Heinz Ludwig Arnolds Anthologie von Degenhardt-Liedern, erschienen 1979 bei Bertelsmann in München. Degenhardts DDR-Nähe hat sich ausgezahlt: Sein Roman „Brandstellen“ (1974) wurde 1978 von der DEFA verfilmt. Jörg Bernhard Bilke

Spenden für einzigartiges Museum

(st)Die Sammlung des Pforzheimers und ehemaligen DDR-Flüchtlings Klaus Knabe zur Geschichte des SED-Staates ist seit langem ein vielbeachtetes Museum am Rande des Schwarzwaldes, dessen Zukunft bisher jedoch nicht gesichert war. Der Trägerverein „Gegen das Vergessen“, die Initiative „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ mit Joachim Gauck und Pforzheims Oberbürgermeister Gert Hager haben deshalb zur Gründung einer Stiftung aufgerufen. Wer die Zukunft des Museums mit unterstützen will, kann auf folgendes Konto spenden: Kontonummer 822 035, BLZ 666 500 85, Sparkasse Pforzheim Calw, Buchungszeichen 5.8063.000005.6 „Lernort Demokratie“.

„Mein Foto vom Herbst 89“

(gbm)Die Friedliche Revolution konnte nur gelingen, weil sich viele Menschen eingemischt haben. Die individuellen Erinnerungen an den Herbst 1989 sind so vielfältig wie die damaligen Erfahrungen. Um diese zu bewahren, hat die Gedenkstätte Berliner Mauer in Kooperation mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Ausstellung „Mein Foto vom Herbst 89“ initiiert, die nun auch als interaktive Ausstellung auf der Homepage der Gedenkstätte abrufbar ist und zum Mitmachen einlädt. Die Ausstellung ist zu finden unter <http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/mein-foto-vom-herbst-1989-782.htm>. Hier kann man sein privates Erinnerungsfoto hochladen und zur Erweiterung der Ausstellung beitragen. Rückfragen beantwortet Dr. Maria Nooke, Gedenkstätte Berliner Mauer, Tel. (030) 467 98 66 63.

Herzlichen Glückwunsch!

Ellen Thiemann

Am 7. November 2011 erhielt Ellen Thiemann von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. Aus der Laudatio: „Der Feind an meiner Seite“. Das ist der Titel eines Buches, das Ellen Thiemann verfaßt hat. Ein autobiographisches Buch. Und der Feind an ihrer Seite – das war ihr Mann. 1972 wird Ellen Thiemann von der Stasi verhaftet. Weil sie in den Westen fliehen will. Sie erträgt die Verhöre. Die Schikanen. Die Erniedrigungen. Und sie schützt ihren Mann. Auch als sie zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe in Hohenschönhausen und Hoheneck verurteilt wird. Viele Jahre später muß sie dann erfahren, daß dieser Mann noch während ihrer Haft beginnt, mit der Stasi zusammenzuarbeiten.

Ellen Thiemann kann 1975 nach Westdeutschland ausreisen. Die Zeit im Gefängnis beschäftigt sie aber noch bis heute. Wie auch der Verrat. Ellen Thiemann möchte deshalb aufklären – über die Geschichte der politischen Verfolgung. Nicht nur ihrer eigenen. Sie will berichten von der Spitzelarbeit des Staatsapparats. Und sie will vorgehen gegen das Unrecht, das ihr und vielen anderen angetan worden ist. Allerdings: Das Schwert von Ellen Thiemann ist die Feder. Ellen Thiemann schreibt.

Sie schreibt, um den Blick zu schärfen für das, was unsere Freiheit und damit unser Zusammenleben gefährdet. Seit 1977 gehört sie dem Landesverband der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. an, in dessen Rahmen sie an einem Zeitzeugenprojekt mitwirkt. Sie entwickelt das Projekt mit und arbeitet an der Außen-darstellung. Vor allem aber sucht sie als Zeitzeugin selbst das Gespräch (...)]“

Heidi Stein

Am 29. Oktober erhielt Heidi Stein die Gifhorner Rose 2011. Damit wurde ihr jahrelanges ehrenamtliches Engagement bei der Stasiopfer-Hilfe, der Suche nach aus politischen Gründen verschollenen Personen sowie zwangsadoptierten Kindern der ehemaligen DDR gewürdigt. Heidi Stein hat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen bereits vielen ehemaligen politisch Verfolgten zu ihrem Recht verholfen. Die Auszeichnung umfaßte auch eine zweitägige Reise nach Berlin und eine Ehrenurkunde.

Suchanzeigen

Hoheneck

Wer erinnert sich an Marianne Lippmann, geb. Süßmuth? Geboren am 3. Oktober 1940 im Kreis Glatz (Schlesien), später wohnte sie in Oelsnitz. Sie hatte zwei kleine Jungen, die man bei ihrer Inhaftierung ins Kinderheim steckte. Marianne Lippmann war vom 27.10.1968 bis zum Sommer 1969 in Hoheneck inhaftiert. Wer kann sich an sie erinnern und Angaben über die Haftzeit machen? Hinweise und Informationen bitte an Michael Lippmann (Sohn), Fuchssteig 12, 09376 Oelsnitz, Tel. (0172) 982 60 88 (möglichst erst ab 19.00 Uhr), E-Mail mili63@gmx.de. Herzlichen Dank vorab!

Rüdersdorf

Für die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur suche ich nach Zeitzeugen, die zwischen 1945 und 1989 in den Arbeitslagern Rüdersdorf inhaftiert waren! Auch von Verwandten und Freunden Betroffener werden Hinweise und Informationen gern entgegengenommen.

Anette Detering, Friedrichstraße 122, 10117 Berlin, Tel. (030) 28 16 607, E-Mail: anette.detering@t-online.de

Zwangsadoption

Ich suche Zeitzeugen (Interviewpartner) zum Thema Zwangsadoption in der ehemaligen DDR. Ich bin freie Autorin in Berlin und arbeite seit drei Jahren an einem Buchprojekt über Zwangsadoption.

Bei Interesse bitte melden unter Tel. (015 77) 956 74 57 oder E-Mail v.struever@gmx.de

Verena Strüver

Hoheneck-Film auf DVD

(st)Seit dem 6. Dezember ist der Hoheneck-Spielfilm „Es ist nicht vorbei“ nun auch auf DVD zu erwerben (einschließlich der Filmdokumentation „Die Frauen von Hoheneck“). Er wurde erstmals am 9. November dieses Jahres von der ARD ausgestrahlt. Bestellung z.B. bei amazon oder Weltbild (keine Preisbindung).

Gedenkbibliothek

(td)In einem Festakt am 10. Januar 2012, 19.00 Uhr, in der Gedenkbibliothek verleiht der Bundespräsident an Ursula Popiolek den Bundesverdienstorden durch Staatssekretär André Schmitz.

Für ihre herausragenden Leistungen auf dem Gebiet der politischen Bildung erhält die Gründerin, langjährige Leiterin und Vorstandsvorsitzende der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus an diesem Tag die höchste Ehrung der Bundesrepublik Deutschland.

Freunde und Weggefährten der Geehrten werden im Rahmen der Veranstaltung mit ihren Erinnerungen, Erlebnissen und Glückwünschen anschließend zu Wort kommen.

Leserbriefe**Kaßberg soll Gedenkstätte werden**

Für uns – meine Familie und mich – wäre es richtig und wichtig und es würde der Bedeutung Rechnung tragen, wenn eine Erinnerungsstätte der politischen Häftlinge auf dem Kaßberg für alle Menschen in Chemnitz entstehen würde. In Ihrer Ausgabe 6/2011 stellen Sie fest, daß alle politischen Häftlinge dort vor ihrer Ausreise in die Bundesrepublik aus vielen Gefängnissen der DDR zusammengefaßt wurden. Hier kann und muß in der Gedenkstätte für jedermann erkennbar gemacht werden, welchen Weg die weiblichen und männlichen Häftlinge von Berlin, Hoheneck und vielen anderen Haftorten bis Chemnitz gehen mußten, um den Tag der Ausreise aus diesem SED-Staat erleben zu können. Und wir meinen, daß gerade durch die vielen „Verlegungen“ kaum ein Häftling sicher sein konnte, daß Chemnitz das Tor in die Freiheit werden würde – wir z.B. wußten es nicht, und Stasi-Leute sprachen nicht mit uns. Ein für uns sehr negatives Erlebnis in Chemnitz werden wir niemals vergessen können: als wir bei einem Vertreter von Rechtsanwalt Vogel in diesen Mauern unter bösartigen Drohungen unser Eigenheim an den Staat abgeben mußten. Das Do-

kument liegt uns vom BStU vor. Viele dieser schlimmen Erinnerungen sollten in der Gedenkstätte für alle nachlesbar sein, um ein vollständigeres Bild von dieser Diktatur zu erhalten.

Am 13. August 2011 wurde sehr oft und über alle Medien an den Mauerbau vor 50 Jahren erinnert. Wir meinen, daß viele Menschen voller Anteilnahme waren. Aber es ist uns aufgefallen, daß stets nur vom Mauerbau und von Berlin berichtet wurde. Wir haben Beiträge darüber vermißt, daß sich die Grenze, mit ihren Mordgeräten und ihrer ganzen Unmenschlichkeit, über viele hundert Kilometer von Nord nach Süd zog. Wir lebten in Thüringen mit dieser Grenze, und auch dort klagten viele Tote an. Es wäre Pflicht, über die gesamte innerdeutsche Grenze zu berichten und aufzuklären. Wir möchten alle Kameradinnen und Kameraden bitten, ihre Verbindungen zu Ministerien und anderen zuständigen Stellen zu nutzen, damit diese Gesamtthematik verpflichtend in die schulische Bildung aufgenommen wird.

Reinhard Schwartz, Bad Zwischenahn

Gift und Galle

Zum Beitrag „Roland Jahn – einer von uns“, Nr. 8/2011, S. 2

Eins ist sicher, wenn Horst Schüler sich zu Wort meldet, dann stützt er seine Argumentation auf unabweisliche historische Tatsachen. Auch gegenüber seinen Adressaten, darunter die vielen „Bauchredner“, die im Fall des neuen Chefs der Stasi-Unterlagenbehörde wegen dessen Bemühen um das gesetzeskonforme Bewältigen von Altlasten aus der Gauck-Ära in allen verfügbaren Medien Gift und Galle speien. Die von Roland Jahn angestrebte überfällige Umsetzung - eine bundesinterne Maßnahme! - der letzten 47 ehemaligen MfS-Mitarbeiter, wird behandelt, als ginge es ihm um eine Einweisung in Zwangsarbeitslager. Gar von Rache ist die Rede.

Schon Marianne Birthler wurde die Bewältigung des Gauck-Erbes angetragen, aber die Zivilcourage, die sie in der Auseinandersetzung im Brandenburger Landtag um die Stasi-Verstrickungen Stolpes (IM „Sekretär“) herausragen ließ, war offenbar verfliegen. Womöglich wurde sie von der Behördenbürokratie zermürbt.

Schier unlösliche Rätsel gibt nun Richard Schröder, der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende der ersten frei gewählten Volkskammer, Philosoph und Theologe und seit Jahren Vorsitzender des Beirats des BStU auf. Er drängte vehement, seinen Frontmann Wiefelspütz noch überbietend, in die Medien, um Roland Jahn ungezügelt anzugreifen.

Warum bot er ihm als Christ nicht das Gespräch unter vier Augen an, als am 14. März 2011 bei der Amtseinführung der neue Kurs vernehmbar wurde?

Eine Lösung scheint nur noch darin zu bestehen, daß Schröders Wahl als Beiratsmitglied der Stasi-Unterlagenbehörde durch den Deutschen Bundestag von diesem wieder aufgehoben wird. Im Ergebnis dessen wäre die Abberufung durch den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, möglich.

Reinhard Dobrinski, Berlin

Kein Trost für vertane Lebenszeit

Zum Beitrag „Psychiatrie als Waffe“, Nr. 6/2011, S. 12

Die Aufarbeitung der Thematik „Psychiatrie als Waffe gegen politisch Andersdenkende“ scheint mir in der Tat in den Kinderschuhen zu stecken. Mit Interesse habe ich verfolgt, daß zum Thema Psychiatriemißbrauch in der ehemaligen DDR eine Veranstaltung initiiert wurde. Als persönlich Betroffener sehe ich Ihre Berichterstattung zwiespältig. Herr Trobisch-Lütge als Experte der Beratungsstelle „Gegenwind e.V.“ geht ziemlich weit, wenn er unterstellt, ihm seien keine Fälle aus seiner Tätigkeit bekannt. Allerdings hat er mir vor kurzem Hilfe signalisiert und scheint meine Opferbiographie als speziellen Fall zu akzeptieren. Der Einsatz von Psychopharmaka in hohen Dosierungen zur „Ruhigstellung“, die Anwendung extremster körperlicher Gewalt und die Erpressung der Einwilligung zu hochgefährlichen medizinischen Maßnahmen, die in keiner Weise indiziert waren, dies alles habe ich am Ende eines Prozesses von mehr als zehn Jahren Dauer erlebt. Es gab keine Rechtfertigung dafür, das wur-

de mir zwischenzeitlich zwar auch durch Fachleute bestätigt, ist aber kein Trost für vertane Lebenszeit von mehr als einem Jahrzehnt meiner Jugend, für ein heutiges Leben von Hartz-IV, für eine massive Einflußnahme auf meine Biographie durch SED und Stasi sowie die bis heute nicht auch nur annäherungsweise erfolgte Rehabilitation als Unrechtsopfer des DDR-Regimes. Es kostet schon eine gehörige Portion Motivation, immer wieder so weiter zu machen wie bisher und nicht verbittert zu werden, wenn ich sehe, wie vielen der Weg bis heute geebnet ist, die um der Karriere willen mit den Verbrechern Kompromisse eingingen, und damit meine ich eine Mitgliedschaft in der SED. Für mich kam weder ein Eintritt in diese „Partei“ noch ein von mir verlangtes Spitzeln für die Stasi in Frage, um im damaligen System ein Studium absolvieren zu können. Ich bin heute nach wie vor und mehr denn je davon überzeugt, daß es richtig war, sich diesem Regime zu verweigern.

Jörg Plath, Rostock

Plätzchen aus getrocknetem Brot



Weihnachten im Lager. Gemälde von Julius Stürmer, aus J.S. „Die eisige Hölle Workuta“.

Die Zeiten

Von Paul Kokott

Wer kennt die Zeiten, wer weiß die Namen,
die ehemals von Bedeutung waren.
Das Leben fließt, die Bilder schwinden
und werden wir sie je verwinden,
die Freude, Sehnsucht, Trauer, Schmerz,
tief eingeschlossen in das Herz.
Die Zeiten haben wir erfahren
in guten wie in bitteren Jahren.

Zeit wandelt sich und schreitet fort,
wir wechselten das Land, den Ort.
Die Hoffnung auf das wahre Leben
beflügelte uns im Bestreben,
den Geist der Medizin zu fassen
und niemals wieder zuzulassen,
die Zeit im Wahnwitz zu verschwenden,
statt sinnvoll, nützlich anzuwenden.

Die Zeiten kommen, die Zeiten gehen.
Um diesen Wechsel zu verstehen
bedarf es Einsicht und Vermögen.
Die Dinge, die die Welt bewegen
sind weit entfernt von Trug und Schein.
Bestimmend bleibt das Selbst, das Sein.
Die Zeit gibt Maß und Richtung an,
was du versäumt, was du getan.

Die Zeiten sind so, wie sie sind,
erzählt uns fast schon jedes Kind.
Die Zeiten sind so, wie wir sind.
Wer nicht verstockt und zudem blind
erkennt und zieht dies in Betracht:
Die Zeiten haben wir gemacht!
Die Zeiten gilt es zu gestalten,
sie unterliegen unsrem Walten.

(Dr. med. Paul Kokott ist Schriftführer des Verbandes
politisch Verfolgter des Kommunismus VPVDK.)

In Ausgabe 4/2011, S. 18, wurde die Dokumentation „Verschworen. Verraten. Verfolgt. Unangepasstheit, Widerstand und Kollaboration in der Stalin-Ära Berlin-Brandenburgs“ von Wilhelm K.H. Schmidt vorgestellt. Zu dem vielfach positiven Echo auf die Publikation gehört auch der Leserbrief von Heide Dörfelt, geborene Haehn. Sie ist die Tochter des Kaufmanns Günther Haehn aus Herzberg, eines der Betroffenen, deren Schicksalsweg der Autor beschreibt. Im folgenden ein Auszug aus Heide Dörfelts Brief.

Das Buch von Wilhelm Schmidt konnte ich nicht mehr aus der Hand legen. Das habe ich am gleichen Tag noch fertig gelesen. Ich kann nur hoffen, daß es von sehr vielen Leuten gelesen wird, damit sich auch die breite Öffentlichkeit mehr mit der Problematik dieser Zeit und des damaligen Regimes beschäftigt.

Ich bin so dankbar, dass ich nach so vielen Jahren endlich eine Erklärung für das Verhalten meines Vaters bekommen habe. Als Kind konnte ich nie verstehen, weshalb er uns so ungern etwas über die Zeit seiner Gefangenschaft erzählte. Heute verstehe ich, dass er uns schützen und nicht damit belasten wollte.

Es ist erschütternd zu lesen, wegen welcher banalen Äußerungen mancher für Jahre hinter Gitter mußte. Beim Lesen fielen mir wieder ein paar der wenigen Erzählungen meines Vaters ein, seine Gefangenschaft betreffend.

Weihnachten, so erzählte er einmal, brachten ihnen russische Frauen Mar-

melade an den Zaun. Dann horteten die Männer etwas Brot, das sie zu Plätzchen formten und trocknen ließen. Heilig Abend kleckten sie etwas Marmelade darauf und genossen „ihre Weihnachtsplätzchen“. Eine Kerze hatten sie sich irgendwie aus dem Bergwerk „besorgt“. Die wurde angezündet und die Männer sangen Weihnachtslieder... viele weinten dabei bittere Tränen. Die Sehnsucht nach den Lieben zu Hause und der Heimat war in diesen Stunden besonders schlimm.

Auch sind mir in dem Buch Namen aufgefallen, die ich kannte. So weiß ich noch, dass wir z.B. mit Hans Schneider und seiner Frau 1956 an der Ostsee Urlaub machten. Meine Eltern hatten guten Kontakt zu den beiden. Lothar Wittke war ... mit meinem Vater in Gefangenschaft. Er war es, der meinen Vater nach seiner Flucht aus der DDR Arbeit und ein Dach über dem Kopf gab. Wittke war gerade dabei, sich ein Heizungs-Geschäft in Lahr/Schwarzwald aufzubauen. Obwohl er selbst Mühe hatte, seine Familie durchzubringen, war es für ihn selbstverständlich, einem Lagerkameraden zu helfen. Er konnte ihm zwar kaum Lohn bezahlen, aber mein Vater war ihm sehr dankbar, eine Übergangslösung zu haben. Zum Glück fand mein Vater dann auch recht schnell eine Arbeit in seinem Beruf, denn ein paar Wochen später kam ja auch meine Mutter, die ihm mehrmals von der Stasi nachgeschickt wurde, um ihn zu bewegen, in die DDR zurück zu kehren. Sie nutzte diese Fahrten allerdings nur, um ein paar Habseligkeiten in den Westen zu bringen. Mein Vater ist niemals wieder in seine alte Heimat zurückgekehrt. Zu groß war seine Angst vor diesem Regime, das so viel Leid über die Familie gebracht hat.

*Ein frohes, gesegnetes
Weihnachtsfest und ein
gesundes Neues Jahr
wünscht allen Leserinnen
und Lesern*

Die Redaktion

Veranstaltungen

29.12. (Do), 14.00-18.00 Uhr:

Besuchertag. Führungen, Beratungen zur Akteneinsicht, Ausstellungen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

4.1. (Mi), 23.55 Uhr:

Stasi auf dem Schulhof. Film v. Annette Baumeister, Sendung auf ARD

5.1. (Do), 19.00 Uhr:

Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961. Buchpräsentation mit Autor Prof. Dr. Michael Lemke u. Gespräch mit Prof. Egon Bahr; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.1. (Do), 19.00 Uhr:

„Wege suchen – Wege gehen“. Malerei von Bernhard Stoschek. Künstlergespräch mit musikalischer Begleitung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

10.1. (Di), 19.00 Uhr:

Festakt. Der Bundespräsident verleiht **Ursula Popiolek** den Bundesverdienstorden durch Staatssekretär André Schmitz. Ort: Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

11.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Intellektuellen und der Terror. Diskussion mit Dietrich Beyrau u. Gerd Koenen; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

12.1. (Do), 18.00 Uhr:

„Ich traue meinen Augen kaum“ – 20 Jahre Akten-Einsicht. Mit Regina Schild, Christian Kunert, Christoph Wonneberger, Udo Grashoff u.a.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.1. (Do), 19.00 Uhr:

„Ich mußte raus. 13 Wege aus der DDR“. Kurzvortrag und Lesung mit Autor Constantin Hoffmann; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

24.1. (Di), 19.00 Uhr:

„Die Macht der Erinnerung“. Erika Steinbach, Präsidentin des BdV, referiert zu ihrem Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

Ein Mann namens Gerald Götting

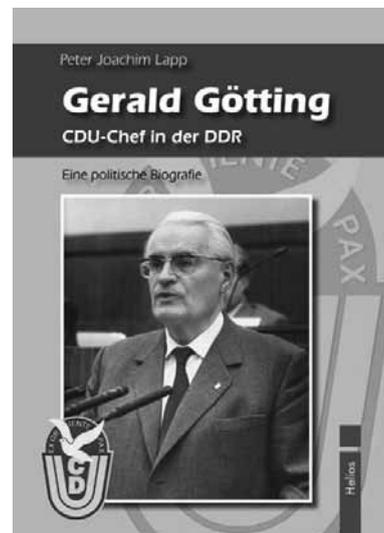
Der Biograph war in der DDR aus politischen Gründen jahrelang inhaftiert, eine positive Einstellung zum Regime wird ihm folglich kaum zu unterstellen sein. Dennoch hat er in seinem neuesten Buch mit Hilfe von Göttings Privat-Archiv, überaus vielen Unterlagen aus Ost und West sowie etlichen Zeitzeugen das Leben des einstigen Vorsitzenden der Ost-CDU aufgezeichnet – eines Mannes, dem viele geflohene CDU-Mitglieder Verrat und Schuld an der politischen Gleichschaltung vorwerfen, der andererseits nach internen Untersuchungen des DDR-Innenministeriums in den 70er Jahren auf der Beliebtheitskala Platz 1 belegte. In der DDR-Endzeit indes hatte er sogar innerhalb seiner eigenen Partei etliche Feinde. Mit seinem Nachfolger 1989, Lothar de Maizière, kam es nicht einmal zu einem Gespräch.

Götting sah nach dem Zweiten Weltkrieg für die bürgerliche Gesellschaft angesichts ihres Versagens gegenüber dem NS-Regime keine Zukunft. Die alten christlichen Werte seines Elternhauses liebten ihn 1946 der CDU beitreten, in der er schnell Karriere machte. Die sowjetischen Verbindungsoffiziere erklärten mit brutaler Offenheit: „Wir bestimmen, was zu geschehen ist!“ Und: „CDU-Funktionäre müssen unser Vertrauen haben!“ Diese Lektion verinnerlichte er, sie hatte für ihn bis 1989 prägenden Charakter, und stets stand er in enger Verbindung zur Besatzungsmacht. CDU-Mitglieder, die gegen die Sowjetisierung Widerstand leisteten, verhöhnte er, „nachträglich den Krieg gewinnen zu wollen“. Als Vertreter der Jugend wurde er bald Mitglied des CDU-Hauptvorstandes und ein Jahr später Generalsekretär der Partei. Von den Mitgliedern verlangte er das Bekenntnis zum Sozialismus, 1950 war er einer der ersten, die für die Einheitsliste bei den Wahlen eintraten – wie er überhaupt ein emsiger Erfüllungsgehilfe der SED war. Der Lohn blieb nicht aus: 1966 wurde er mit Unterstützung der Sowjets zum CDU-Vorsitzenden gemacht und nach drei Jahren zum Präsidenten der Volkskammer. Götting glaubte, dem Marxismus/Leninismus gehöre die Zukunft, dort würden auch die Kirchen ihre Rolle besser verwirklichen können als im Kapitalismus. Ebenso war er überzeugt, die DDR sei der Bundesrepublik „eine historische Etappe voraus“.

Dabei wußte er, daß das MfS sein Telefon abhörte, seine Post kontrollierte und er

von Spitzeln umgeben war. Er hatte bei der „Abteilung Befreundete Parteien“ im ZK der SED nicht nur sämtliche Protokolle und alle Vorlagen abzuliefern, auch große Teile der Finanzierung der CDU erfolgten von dort. Wie er schreibt, gehörten diese Pflichtkontakte „zu den peinlichsten Erlebnissen meines politischen Lebens“, sie waren „demütigend“.

Seine Anhänger werden nicht müde, auf seine positiven Taten hinzuweisen, z.B. auf sein Mitwirken 1964 bei der Einführung des DDR-Wehrdienstes ohne Waffen. Er habe die Möglichkeit von West-Reisen für Rentner geschaffen, und ihm sei die Existenz christlich orientierter Verlage zu verdanken. Das entspricht der Wahrheit ebenso wie die Tatsache, daß er religiös Verfolgten zu helfen versuchte.



Andererseits gehörte er zu den führenden Köpfen in der zweiten Reihe der Führungsschicht Ost-Berlins, er hat das System mitgetragen. Er wußte sehr wohl von den politischen Häftlingen und den vielen Toten an der Berliner Mauer – und wurde so mitschuldig an der zweiten deutschen Diktatur. Als Christ und Humanist, wie er sich sah, hätte er diesen Weg nicht gehen dürfen. Möglichkeiten, sich vom SED-System zu trennen, hatte er genügend.

Für jeden, der sich für die einstige DDR interessiert, ist das Buch jedenfalls unerlässlich.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....
 Peter Joachim Lapp: *Gerald Götting. CDU-Chef der DDR. Eine politische Biographie*, Helios Verlag, Aachen 2011, 246 S., 24,90 €



Familiensaga

EUGEN RUGE

IN ZEITEN

DES ABNEHMENDEN

LICHTS ★ ROMAN

In dem Roman „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ von Eugen Ruge wird eine deutsche kommunistische Familiengeschichte erzählt, über mehrere Generationen und einen Zeitraum von fast 80 Jahren, beginnend in den 1920ern. Der Autor schildert das Leben dieser Familie in unpräntiöser und klarer Sprache. Etwas verwirrend sind zunächst die Zeitsprünge, zwischen 1920 und 2001, doch steigern sie die Spannung. Von Nazi-Deutschland, Exil in Mexiko, Gulag und Verbannung in Sibirien bis zur muffigen DDR-Provinz bewegt sich die Familiensaga der Powileits. Witz, Sarkasmus, skurrile Szenerien sowie ein gewisser neutraler Blick von außen lockern das mitunter bedrückende Thema auf.

DDR, Herbst 1989: Es verbleiben nur noch wenige, die an einen Sozialismus mit demokratischem Anstrich glauben, während unaufhaltsam die Republik in den Untergang rutscht, wie auf einer Schütte in den Kohlenkeller. Die sich regierend wählende Polit-Gerontokratie nimmt nicht mehr wahr, was auf der Straße passiert und feiert sich derweil in den Abgrund hinein. Wilhelm P., der 90jährige „Antifaschist“ – geistig leicht daneben – bekommt zum Geburtstag wie fast jedes Jahr noch einmal einen Orden, begleitet von der üblichen langweiligen Rede. Same procedure as every year!

Mexiko 1952: Der Kommunismus ist wie der Glaube der alten Azteken – er frißt Blut!, erfährt Charlotte P. von einem Freund. Sie und Wilhelm P. leben hier als stramme Kommunisten, die sich einst vor den Nazis nach Mexiko retteten. Alle vierzehn Tage kommt ein Packer Neues Deutschland aus der Heimat. Wilhelm liest jede Zeile, weil er weder Spanisch noch Englisch beherrscht. Sohn Kurt befindet sich irgendwo in Sibirien, und Sohn Werner soll im Gulag in Workuta angekommen sein. Das beschäftigt die Eltern scheinbar nicht sonderlich. Dann ziehen sie um in die DDR, wo Wilhelm mit einer nicht nachprüfbareren Rot-Front-Held-Vergangenheit protzt.

Kurt ist mit Irina, einer Russin, verheiratet, die er in der Verbannung gehehlicht hat, in einem sibirischen Kaff, in dem er nach zehnjähriger Lagerhaft noch sieben Jahre bleiben muß. Dann dürfen sie in die DDR ausreisen. Sie holen Irinas Mutter zu

sich, die weder lesen noch schreiben kann und auch nicht die deutsche Sprache spricht. Die Mutter erleidet zunächst einen Kulturschock, staunt über die Vielfalt der Produkte in der Kaufhalle, wo man z.B. bereits abgepackte Milch einkauft, statt eine Kuh anzupapfen, und wo man gar kein Vieh hält.

Sascha, der Sohn von Irina und Kurt, haut kurz vor dem Mauerfall ab. Er kann das Geschwafel über den „Endsieg des Kommunismus“, das Verdrängen der Realität nicht mehr aushalten. Er läßt Frau und Kind zurück. 2001 fliegt er krebskrank nach Mexiko, ins Exiland der Großeltern.

Ruge beschreibt mit unterhaltender Leichtigkeit sehr eindrücklich die geistige Behäbigkeit der Gesellschaft in der Umgebung der Familie, wo sowieso nur die Partei immer recht hat. Während das Land 1989 schon in Agonie liegt, wird so getan, als bestünde die unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion auf immer und ewig, und weder Ochs noch Esel könnten etwas dagegen unternehmen. – Plötzlich ist doch alles zu Ende. Unversehens ist Westen, nicht mal einholen konnte man den Kapitalismus, geschweige denn überholen. Und statt in der DDR befindet man sich in Neuen Bundesländern. Es beginnt die Angst um die schöne Villa, für die man bislang nur 120 Mark Miete bezahlte. Kommt jetzt etwa ein Alteiligentümer?

Der Leser erlebt den Alltag dieser Familie, wo der Glaube schon mal dahin ist bei einigen ihrer Mitglieder. Schnell merkt man, daß Ruge die Geschichte seiner eigenen Familie verarbeitet hat. Köstlich sind die mitunter absurden Dialoge, wie von Loriot, wenn z.B. Charlotte – die eingefleischte Kommunistin – gegenüber der Putzfrau die „Gleichere“ hervorkehrt.

Ein ausgesprochen empfehlenswertes Buch. Prädikat: Besonders wertvoll! Eugen Ruge hat zu Recht den Deutschen Buchpreis 2011 erhalten.

Sybillie Krägel

.....
Eugen Ruge: In Zeiten des abnehmenden Lichts, Rowohlt Verlag 2011, 432 S., 19,95 €

Veranstaltungen

25.1. (Mi), 16.00 Uhr:
Führung und Film im Stasi-Archiv. 17.00 Uhr: Filmvorführung „Einer Trage des anderen Last...“, Regie Lothar Warneke, DDR 1987; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

25.1. (Mi), 18.00 Uhr:
Der Umgang mit dem Erbe von Repression und Diktatur. Diskussion mit Marianne Birtler u. Irina Scherbakova; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.1. (Do), 19.00 Uhr:
Die operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Lesung u. Gespräch mit Dr. Holger Richter, Psychologe u. Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Stadt- und Kreisbibliothek Greiz, Kirchplatz 4, 07973 Greiz

26.1. (Do), 19.00 Uhr:
Wie entläßt die Revolution ihre Kinder? – Geschichtsbilder und Prägungen in den Familien der DDR-Opposition. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Evangelischen Akademie zu Berlin u.a.; Ort: Französische Friedrichstadtkirche (Französischer Dom), Gendarmenmarkt 5, 10117 Berlin

26.1. (Do), 19.00 Uhr:
Meine Akte gehört mir. 20 Jahre Akteneinsicht in Stasi-Unterlagen. Podiumsdiskussion mit Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Martina Schmitt, BStU, Wasja Götze, Zeitzeuge u. Künstler, Prof. Dr. Peter Bohley, Zeitzeuge u. Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadthaus Halle, Großer Saal, Marktplatz, 06108 Halle

28.1. (Sa), - 30.1. (Mo):
 Seminar „**Alltag in der DDR – Realität gegen Ostalgie**“. Veranstaltung d. KAS, Bildungszentrum Schloß Wendgräben; nähere Informationen unter <http://www.kas.de/wendgraeben/de/events/49009/>

31.1. (Di), 9.00-17.00 Uhr:
Wie kann ich meine Stasi-Akten einsehen? Bürgersprechstunde zu Stasi-Unterlagen. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Technisches Rathaus Cottbus, Raum 3073, Karl-Marx-Str. 67, 03044 Cottbus

7.2. (Di), 19.00 Uhr:
„Ich wollte frei sein: Die Mauer, die Stasi, die Revolution“. Buchpräsentation mit Bürgerrechtlerin u. Autorin Vera Lengsfeld; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

8.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Alltagserfahrungen in der Diktatur. Mit György Dalos (angefr.), Joachim Gauck u. Jörg Baberowski; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.2. (Do), 19.00 Uhr:

„Die Vergessenen – Tod, wo andere Urlaub machen“. Filmvorführung u. Gespräch mit Freya Klier, Autorin, Regisseurin u. DDR-Bürgerrechtlerin, und Gisela Kallenbach MdL, Bündnis 90/Die Grünen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.2. (So), 11.00-17.00 Uhr:

Sonntagsöffnung. 15.00 Uhr: „28 Jahre getrennt – Das Grenzregime und seine Folgen für die Brandenburger“. Ausstellungseröffnung durch einen Vertreter d. LAKD; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/Oder

Ausstellungen

Berliner Mauer. 1987 bis 1990

Eine Fotoausstellung von Robert Conrad

Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin; bis 26. Februar 2012

überwacht und abgeschottet

Der Uranbergbau im Visier der Stasi
Ausstellung der BStU Außenstelle Gera, Ort: Bergarchiv im Schloß Freudenstein, Foyer, Schloßplatz 4, 09599 Freiberg; Mo-Do 8.00-21.30 Uhr, Fr 8.00-20.00 Uhr; bis 27. Januar 2012

Von Liebe und Zorn – Jung Sein in der Diktatur

Eine Ausstellung von Freiheit e.V.
Ort: BStU Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 4, 39116 Magdeburg; Mo-Fr 8.00-18.00 Uhr; bis 3. Februar 2012

STASI. Die Ausstellung zur DDR-Staats-sicherheit

Dauerausstellung d. BStU ab 16.1., Ort: Bildungszentrum d. Stasi-Unterlagen-Behörde, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin; täglich 10.00-18.00 Uhr (außer Feiertage)

*

Dank

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft dankt ganz herzlich allen, die im Jahr 2011 für den Dachverband gespendet haben.

Der Vorstand

Medizin hinter Gittern

(ghs)Erkrankungen von Häftlingen waren für das Ministerium für Staatssicherheit eine unerwünschte Störung seiner Ermittlungstätigkeit. Das sogenannte Haftkrankenhaus auf dem Gelände der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen hatte daher die vorrangige Aufgabe, erkrankte Gefangene wieder prozeßtauglich zu machen. Was sich genau hinter den Mauern des Haftkrankenhauses abspielte, gehörte bisher zu den letzten großen Geheimnissen des DDR-Staats Sicherheitsdienstes: Wer waren die Inhaftierten, wer die Mediziner und Pfleger, die dort im Auftrag des MfS tätig waren? Welche Krankheiten und Gebrechen wurden behandelt, welche Behandlungsmethoden und Arzneimittel verwendet? Und wie vertrat sich die enge Zusammenarbeit von Medizinerinnen und Vernehmern mit dem Eid des Hippokrates?

Das Buch von Tobias Voigt und Peter Erler bringt erstmals Licht in diesen bisher völlig unerforschten Bereich der kommunistischen Diktatur in Ost-Deutschland.

.....
Tobias Voigt, Peter Erler: Medizin hinter Gittern. Das Stasi-Haftkrankenhaus in Berlin-Hohenschönhausen, mit einem Vorwort von Hubertus Knabe, Jaron Verlag 2011, 96 S., 12,- €
.....

Buchtip

Roland Jahn – Ein Rebell als Behördenchef

Von Gerald Praschl

Ch. Links Verlag, Berlin 2011, 240 S., 19,90 €

.....

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Dezember und Januar Geburtstag haben

Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willy Jebautzke am 13. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Herbert Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebtsch am

16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch, Brigitte Schäfer am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Martin Zillmer am 26. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember, Dr. Egon Weber am 5. Januar, Wolfgang Weihrauch am 6. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Helmut Stieler am 15. Januar, Wolf-Otto Walther am 16. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Günter Koch am 22. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail bsv-beratung@gmx.de
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Peter Ahrens, Helmuth u. Renate Behrisch, Dr. Wilfried Boelke, Dr. Erna Maria Bonk, Eckhard Bufe, Erna Carbow, Wolfgang Cunow, Dr. Gerhard Dietzel-Preveaux, Margita Eikenberg, Martha Enigk, Pia Falck, Horst Fichter, Elvira Fischer, Dr. Otto Flicke, Ursula Franke, Dietmar Freudenreich, Hannelore Fritsch, Wolfgang Gienau, Joachim u. Ursula Golde, Alexander Grow, Dr. Werner Gruhn, Siegfried Grundig, Horst Gustke, Christa Hagen, Karl-Heinz Hager, Karl-Heinz Heidenreich, Wolfgang Heilmann, Ingeborg Himmelreich, Dr. Gerda Hirth, Lothar Hübner, Hans Jannasch, Erhard Käufer, Reinhold Klindt, Steven Knudsen, Ellenburg Koman, Siegfried Koschwitz, Arsène Kronshagen, Kurt u. Brigitte Kugler, Heinz Kühn, Jobst Kühne, Wolfgang Lehnert, Rolf u. Dagmar Leonhard, Dr. Erich Loest, Kurt Lotz, Dr. Bernd u. Christel Matern, Fritz u. Barbara Mathei, E. u. R. Miekley, Wilfriede Mihoc, Roland Nebel, Jürgen Nevermann, Mario Ohly, Irmgard Pfeifer, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Günter u. Adelheid Raschke, Ute Rast, Ilse Richter, Manfred u. Gisela Rohde, Anneliese Schachnowski, Roland Schmiedicke, Siegbert Schmolke, Renate u. Lothar Scholz, Horst Schröder, Horst Schultz, Peter Schulz, Werner Schulze, Günter Stang, Roland Steinbach, Heinz Strohschen, Klaus-Joachim Surma, Annemarie Vowe, Dr. Wolfgang Weinholdt, Dr. Volker Wendland, Lydia Wiebeck, Gisela Wollscheit, Michael Wühle, H. Wüstemann, Dr. Karl-Adolf Zech, Konrad Ziller, Eberhard Zutz

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48, Nr. 665 52 45 01

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbandekoordination: Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup, Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin, Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 300

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Dezember 2011

